



Woche der Solidarität:
Freiheit für verhaftete
Demokraten in der Türkei

**Ausländerpolitik:
Wer zuviel ist,
soll gehen dürfen**

**Nach der „Volks-
abstimmung“
Genschers „Türkei-Hilfe“
an die Junta**

**Im Prozeß gegen Friedenskomitee:
Angeklagte bereits verurteilt?**

**6
TÜRKEI
INFORMATIONEN**

Nov./Dez. '82

SPENDENAUFBRUF!

Helft den Demokraten in der Türkei



Seit über 2 Jahren übt in der Türkei eine Militärrunta eine terroristische Herrschaft aus. Insbesondere gegen die Arbeiterschaft und gegen nationale Minderheiten.

- Allein nach offiziellen Angaben sind zur Zeit 77 300 politische Gefangene in den Militärfängnissen
- waren seit dem 12. September 1980 170 000 Personen in Haft
- stehen zur Zeit 5 600 Personen aus politischen Gründen vor Militärgerichten, über 4 000 droht die Todesstrafe
- werden noch immer 15 000 fortschrittliche Menschen steckbrieflich gesucht.
- Darüber hinaus 120 Foltertote, 21 Hinrichtungen, über 700 Personen "erschossen auf der Flucht", Mit der "Verfassung" der Generäle wird diese Herrschaft auf längere Zeit festgeschrieben.

Liebe Freunde!

Wir wenden uns heute an Euch, weil sich die existenzielle Lage der Angehörigen dieser vom Staats-terror Betroffenen drastisch verschlechtert hat. Fast täglich erreichen uns ihre Hilferufe. Kinder, Ehepartner und andere zu versorgende Verwandte leben in tiefer Not. Durch Massenarbeitslosigkeit (offiziell 6 Millionen), hohe Inflationsraten (60 - 120 %) und zusätzliche Repressionen gegen sie als Verwandte von politischen Gefangenen, fehlen ihnen die zum Leben notwendigen Dinge. Über eine halbe Million Familienangehörige sind betroffen. Unter ihnen Hunderttausende Kinder und Jugendliche.

Freunde, Kolleginnen und Kollegen!
Wir dürfen diese Menschen nicht im Stich lassen!

Helft den Frauen und Männern der Unterdrückten! Spendet für die Kinder, Demokraten und Gewerkschafter in der Türkei! Ihre Väter und Mütter haben auch für unsere Sache gekämpft - für den Frieden, für gewerkschaftliche Rechte und für politischen Fortschritt.

Die Militärrunta erhält weiterhin Milliarden von ihren Unterstützern im Ausland zur Aufrechterhaltung der Unterdrückung. Setzen wir die ganze Kraft unserer Solidarität dagegen! Dabei zählt jeder Groschen und jede Mark!

Demokraten!

Spendet für die Kinder und Partner der Aufrechten in der Türkei!

Gewerkschafter!

Helft den verfolgten Kolleginnen und Kollegen in der Türkei!

Spendet!

Sonderkonto Pfarrer Höhn - "Hilfe für die Demokraten in der Türkei"
Konto-Nr. 223-002 098 / Stadtparkasse Duisburg

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen
Karl-Heinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg
Klaus Thüsing, MdB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
Postfach 10 06 82
4100 Duisburg 1

Konto Pfarrer Michael Höhn
Stadtparkasse DU, Nr. 210-003240
Bankleitzahl 350 500 00

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten
der Türkei

Die Spenden werden in vollem Umfang den Betroffenen zu humanitären Zwecken zugeführt.
Die Initiative "Solidarität mit den Demokraten der Türkei" bürgt dafür: Bewegungen auf dem Sonderkonto werden regelmäßig veröffentlicht.

V.i.S.d.P.: H. Martin, 4100 Du

Leserbriefe 4

Standpunkt

„Türkei-Hilfe“ nach der „Volksabstimmung“ 5

Türkei

Der Frieden ist ein Kampf 7

Prozesse in der Türkei 9

Schon einheimisch in Anatolien? 11

Bessere Zahlungsbilanz –
Schlechtere Lebensbedingungen 14

Bundesrepublik

Wer zuviel ist, soll gehen dürfen 16

FIDEF zur Besetzung des Kölner
Generalkonsulats 19

Türk-Föderation: Zusammenhang mit
dem Papst-Attentat 20

Frage der Generosität 22

Konferenz „Nein zur Verfassung der Junta“ 23

Anschlag auf den Türkischen 25

Arbeiterverein in Gelsenkirchen 25

Pressekonferenz der FIDEF 25

FIDEF unterstützte DGB-Aktionen 25

Verständigung durch Begegnungen 26

Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit,
Sozialabbau und Ausländerfeindlichkeit 27

Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher

Ein ergebener Diener der türkischen
Reaktion 28

Kultur

„Aus Fremden Nachbarn machen“ 29

„Der Weg“ in Kinos 31

„Del-Luca“-Preis für Yasar Kemal 31

„Lotus“ für Behramoglu 31

Ausstellungen 31

Nov./Dez. '82

Impressum

Türkei-Informationen – Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) – Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei-Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 664284. Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto.

Redaktionsschluß dieser

Ausgabe: 19. 11. 1982

Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Liebe Kollegen,

ich schicke Euch eine Kopie unseres Leserbriefes, den wir nach dem Besuch der o. a. Ausstellung im August d. J. an die Redaktionen der Neuen Ruhr-Zeitung und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung geschickt haben.

Mit solidarischen Grüßen
Rotraud Çağlar



Mehmet Aksoy

Betreff: Ausstellung „Menschenlandschaften“, Städt. Galerie Schloß Oberhausen

Ausländerfeindlichkeit – allenthalben begegnet sie uns als Schmierparole an Häuserwänden, als tägliche Praxis im mitmenschlichen Umgang, als politisches Instrument derer, die uns einreden wollen, unsere ausländischen Mitbürger seien schuld an der anhaltenden wirtschaftlichen Krise. Um so begrüßenswerter ist es, wenn diesen gefährlichen Tendenzen etwas entgegengesetzt wird, sei es durch Hintergrundinformationen, sei es durch die Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen anderer Nationalität oder mit ihrer Kultur.

Letzteres ist – unter künstlerischem Aspekt – von der Städtischen Galerie Oberhausen in die Tat umgesetzt worden. Vom 4. Juni bis zum 15. August wurden dort unter dem programmatischen Titel „Menschenlandschaften“ zahlreiche Werke der drei in Westberlin lebenden Künstler Hanefi Yeter (Türkei), Mehmet

Aksoy (Türkei) und Akbar Behkalam (Iran) gezeigt. Das Themenspektrum erstreckt sich von den unmenschlichen Verhältnissen in ihren Heimatländern – seien sie Vergangenheit oder (noch) Gegenwart – über die Darstellung der Lebensverhältnisse ihrer Landsleute im „gelobten Land“ bis zu miterlebten Auseinandersetzungen unseres bundesrepublikanischen Alltags, z. B. der Hausbesetzungen. Eine Reihe der Bilder und Plastiken sind direkt inspiriert von Versen des großen türkischen Dichters Nazim Hikmet. Allen Künstlern ist es in herausragender Weise gelungen, Form und Inhalt so miteinander zu verbinden, daß sich der Betrachter mit vielschichtigen, jedoch durchaus eindeutig Stellung beziehenden Aussagen konfrontiert sieht. Als Beispiel mögen hier die Plastiken Mehmet Aksoys gelten, die in höchstem Grad betroffen machen. Hier sehen, schweigen, schreien uns an: Arbeitslose, Gefolterte, Gemordete. Doch seine Werke gehen über bloße Zustandsbeschreibung hinaus, weisen Perspektiven auf: So zieht sich der in der genialen Plastik „Begreifen“ dargestellte Arbeiter mit unendlich langsamer, qualvoller Geste endlich den Schleier der Unwissenheit vom Gesicht.

Unsere Erwartungen an diese Aus-

stellung waren recht hoch gewesen – immerhin hatten wir dafür etwa 400 km zurückgelegt –, aber sie wurden bei weitem übertroffen, weil uns Kunst hier nicht als ein über den gesellschaftlichen Realitäten schwebendes, kaum begreifbares ästhetisches Phänomen begegnet ist. Vielmehr entsprachen die ausgestellten Werke den Anforderungen, die unseres Erachtens an Kunst zu stellen sind: Die Mehrheit der Menschen betreffend, Ursachen aufdeckend, Lösungen anstrebend – im Brechtschen Sinne realistisch. Wer keine Gelegenheit hatte, diese vorwärtsweisende Ausstellung zu besuchen, sollte sich mittels der herausgegebenen Kataloge einen Eindruck verschaffen; denn es trifft zu, was der Leiter der Ausstellung, Bernhard Mensch, sinngemäß formulierte: In der Begegnung mit den Kulturen unserer ausländischen Mitbürger wird unser eigenes Menschsein bereichert, wächst unser Verständnis füreinander, entsteht Solidarität. In diesem Sinne hoffen wir, daß das Beispiel der Stadt Oberhausen, solch eine Ausstellung zu ermöglichen, auch in anderen Städten unseres Landes Nachahmung finden möge.

Rotraud Çağlar, Karlsruhe
Christine Potrzebski-Jost, Stuttgart

TÜRKEI INFORMATIONEN

berichten regelmäßig

• über die demokratische Bewegung in der Türkei

• über die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik

• über die Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher

• über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ und anderer türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab.....

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3.— DM zuzüglich Porto; Abonnement (12 Hefte) 36.— DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma:

Straße/Platz und Haus-Nr.

PLZ-Ort

Datum/Unterschrift

Bitte ausfüllen und einsenden an: "Türkei-Informationen" Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Türkei-Hilfe nach der „Volksabstimmung“

Nach einer enormen propagandistischen Vorbereitung wurde in der Türkei am 7. November 1982 eine sogenannte „Volksabstimmung“ durchgeführt.

Erstens gab die Junta der Bevölkerung keine Möglichkeit einer ausreichenden und ungehinderten Diskussion der Verfassung.

In den 2 Monaten, zwischen der Vorlage des Entwurfs und der Volksabstimmung, mußte die Diskussion unter den Bedingungen des Kriegsrechts geführt werden. Trotzdem kam aus allen Bereichen Kritik gegen diesen Entwurf. Die Bandbreite der Opposition gegen diese Junta-Verfassung reichte von den religiösen Politikern über die führenden ehemaligen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Demirel und Ecevit bis zu den Kommunisten.

Der Entwurf fand bei allen Organisationen, insbesondere bei den Gewerkschaften und Berufsverbänden, massive Ablehnung.

Die zunächst noch zugelassene Kritik wurde später unter dem Eindruck ihrer Breite untersagt. Niemand durfte mehr ein „NEIN“ gegen diese Verfassung aussprechen.

Verhaftungen vor der Abstimmung

Im Vorfeld der Verfassungsabstimmung leiteten die Junta-Generale eine massive Kampagne gegen die Opposition ein. So wurden wieder verstärkt Hausdurchsuchungen, Leibesvisitationen und Verhaftungen vorgenommen. Über diese Verhaftungen und andere Maßnahmen wurde ununterbrochen in den Medien berichtet, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

Damit sollte die Angst verbreitet werden, daß derjenige, der die Verfassung ablehnt, mit dem gleichen Schicksal konfrontiert wird.

Nach den Haftbedingungen in der Türkei, wonach die Verhafteten 45 Tage lang ohne richterliche Ver-

nehmung festgehalten und gefoltert werden, wollte kaum ein Bürger das Risiko eingehen, gegen diese Verfassung zu propagieren.

Allerlei Manipulationen und Behinderungen bei der Abstimmung

Auffällig war, daß über eine Million Bürger nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden waren, obwohl sie die Voraussetzungen für die Wahl erfüllten. Darüber wurde sogar in der türkischen Tagespresse berichtet. Alle Personen zwischen 18 und 24 Jahren, alle Arbeitse migranten im Ausland sowie die Personen, gegen die ermittelt wurde, waren von der Abstimmung ausgeschlossen.

Auch alle diejenigen Bürger, die sich an der Abstimmung beteiligen durften, konnten dies nicht frei und ohne Beeinflussung oder Repressalien tun. Ausdrücklich wurde von dem Wahlleiter zugelassen, daß Stimmzettel gekennzeichnet oder mit dem Namen der Wähler versehen waren. Die Anonymität der Abstimmung war durch solche Manipulationen nicht mehr gewährleistet. Offensichtlich wurden Stimmzettel, insbesondere in den ländlichen Gebieten, schon Tage vor der Abstimmung ausgeteilt.

Es wurden vorgedruckte, sich voneinander durch Farben unterscheidende Stimmzettel benutzt. Bei den „JA-Stimmen“ war die Farbe weiß und bei den „NEIN-Stimmen“ blau.

Es wurden bewußt hauchdünne Umschläge für die Abstimmung verteilt, damit die Farbe des darin enthaltenen Stimmzettels für die Beauftragten in den Wahllokalen erkennbar war. Auf diese Weise sollte es niemand wagen, den blauen Stimmzettel mit der „NEIN-Stimme“ abzugeben.

Eine Reihe von Verhaftungen wurde bekannt, darunter auch der Leibwächter des Ministerpräsidenten der Junta-Regierung, Bülent

Ulusu, weil sie demonstrativ mit „NEIN“ gestimmt hatten.

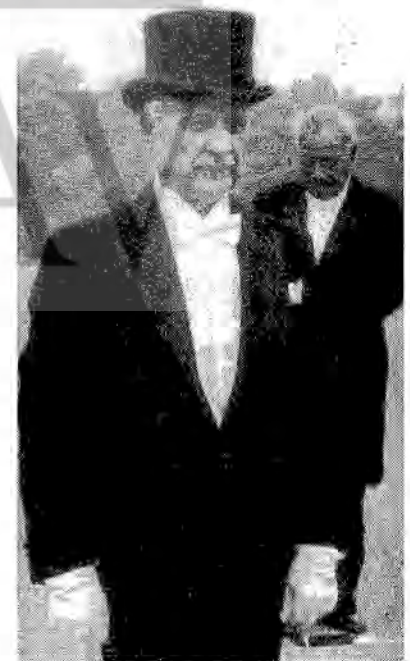
An dem Sieg, von dem die Junta jetzt spricht, mochte offenbar ihr eigener Leibwächter nicht glauben.

Mit der Abstimmung wurde auch EVREN zum Staatspräsidenten

Die Verfassungsabstimmung war erzwungenermaßen verbunden mit der Wahl von GENERAL EVREN zum Staatspräsidenten, der sich verständlicherweise ohne Gegenkandidaten zur Wahl stellte.

Die „angenommene“ Verfassung sieht uneingeschränkte Vollmachten für den Staatspräsidenten vor, der selbst dem Parlament gegenüber nicht rechenschaftspflichtig ist.

Unter den ersten Gratulanten für das Regime und seiner Verfassung befand sich Kai-Uwe von Hassel (CDU). Er bezeichnete das Ergebnis als hervorragend und rief zur Unterstützung des Regimes in Ankara auf. Ein ihm eigenes Demokratieverständnis.



Von General Evren zum Präsidenten der Republik

Jetzt verstärkte Hilfe an die Junta?

Unmittelbar nach der Abstimmung über die Verfassung gingen die Regierungen der NATO-Länder zur Tagesordnung über. Nach Meldungen in den türkischen Tageszeitungen soll Bundeskanzler Helmut Kohl in seinen Gesprächen mit Thatcher und Reagan auch über die Unterstützung der Türkei durch die NATO-Länder eingegangen sein.

Am 20. November 1982 reiste der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Ankara, um die Beratungen über die Fortsetzung der Türkei-Hilfe aufzunehmen.

Noch vor seiner Rückkehr wurden die Ergebnisse dieser Mission bekannt, er würde einen positiven Bericht abgeben und sich für die Fortsetzung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe an die Junta in der Türkei einsetzen.

In der Tat wurde trotz allen Beteuerungen in der Öffentlichkeit die Türkei-Hilfe nicht ausgesetzt. Diese Tatsache wird auch von dem Verteidigungsminister der Junta-Regierung bestätigt. So erklärte Haluk Bayülken unlängst:

„Das Programm zur Modernisierung unserer Streitkräfte kommt gut voran, dank der Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten. Wir hoffen, daß Bonn seinen jährlichen Anteil erhöhen wird“ (Die Welt, 12. 11. 82).

Der Auslandskorrespondent von der „Welt“, Manfred Neuber, berichtete in der gleichen Ausgabe vom 12. 11. 1982 der Zeitung über die Militärhilfe der Bundesrepublik:

„Der deutsche Beitrag zur regulären NATO-Verteidigungshilfe für die Türkei besteht in Finanzhilfen für die Rüstungsfabriken in das exportierte Partnerland sowie in der Lieferung neuen Kriegsgeräts wie von Überschußmaterial der Bundeswehr. Bonn half unter anderem beim Bau von sieben Schnellbooten und zwei U-Booten.

Für 20 Transall-Transportmaschinen, die Ankara vor Jahren aus Deutschland bekam, wird seither die Ersatzteilversorgung sicherge-

stellt. Nun will die Türkei 120 Kampfflugzeuge vom Typ F 104 „Starfighter“ von der Luftwaffe übernehmen.

(...)

Mit deutschen Geldern konnten in der Türkei bereits diese für die Verbesserung der Aufrüstung der türkischen Streitkräfte wichtigen Projekte unternommen werden:

Ausbau der Gewehr- und Maschinengewehrfabrik in Kirikkale,

Steigerung der Produktion von Panzerabwehrraketen in Elmadagi,

Erweiterung der Panzer- und Ersatzteilwerkstätte in Arifiye,

Modernisierung von zwei Marinewerften in Gölçük und Taskizak.

Sowie Neubau eines Wartungsbetriebes für Triebwerke in Eskisehir.“

Bekannt ist, daß sich die Militärhilfe der NATO an die Türkei auf eine Milliarde DM beläuft und die Bundesrepublik zusätzlich eine Rüstungsanderhilfe von 600 Millionen gewährt.

Im Vorfeld der Verfassungsabstimmung, in dem die Zensur und der Druck auf die Opposition verstärkt worden waren, wurden kurzerhand neue Verträge mit den USA abgeschlossen, wonach für die Stationierung der „Schnellen Eingreiftruppen“ und der Kampfflugzeuge AWACS und B 52, sowie der neuen Atomraketen der USA die Flughäfen in Diyarbakir Erzurum und Batman erweitert und in Mus ein neuer Militärflughafen gebaut werden soll.

Damit bei der Gewährung der weiteren Militär- und Wirtschaftshilfe auf keine große Widerstände gestoßen wird, wurden durch die Meinungsmacher in den westlichen Ländern versucht, entsprechende Öffentlichkeit zu schaffen. So meldete die dpa am 8. November 1982: „Dennoch gibt es kaum Zweifel: Das Wahlergebnis ist Beleg dafür, daß den Türken an der Wahrung von Gesetz, Ruhe und Ordnung in ihrem Land mehr liegt als an demokratischen Freiheiten.“

In dem Vorspann zu dem Leitarti-

kel des Wirtschaftsteils der FAZ stellte die Redaktion kürzlich folgendes fest: „Die Türkei hat sich in einem Referendum für eine neue Verfassung und damit auch für General Evren ausgesprochen. Das war auch ein Votum für den neuen Wirtschaftskurs. Damit steht auch die Frage der weiteren internationalen Hilfe wieder zur Diskussion.“

Und die Menschenrechte in dem NATO-Land Türkei?

Nach offiziellen Angaben befinden sich mit jüngsten Verhaftungen nahezu 80 000 politische Gefangene in den Kerkern der Junta, d. h. jeder 240. der Erwachsenenbevölkerung, für ca. 5000 Menschen wird die Todesstrafe gefordert, über 800 Tote durch Folter, Hinrichtungen und Erschießungen wurden zugegeben. 56 000 Personen stehen unter politischer Anklage und gegen weitere 15 000 Personen wird gefahndet, Hunderte von Menschen wurden ausgebürgert. Dem Einsatz für den Frieden droht die Todesstrafe. Gegen 62 DISK-Funktionäre und Wissenschaftler wurde die Todesstrafe beantragt. Das Durchschnittsalter der Hingerichteten beträgt 23.

Die Inhaftierten befinden sich unter schlimmsten Bedingungen und werden systematisch gefoltert. Jegliche Hilfe für die Angehörigen der Verhafteten wurde bereits untersagt. Aus Angst vor Repressalien können ihre Verwandte und Bekannte keinen Kontakt zu ihnen halten. Diejenigen, die es trotzdem riskieren, werden festgenommen. Ferner ist es auf der Tagesordnung, daß die Familienangehörigen von gesuchten Personen verhaftet werden, um die Gesuchten dazu zu erpressen, daß sie sich ergeben.

Die konkrete Solidarität mit den Demokraten der Türkei ist das Gebot der Stunde. Materielle, moralische und politische Unterstützung der Gefangenen und ihrer Angehörigen wird zu einer dringenden Aufgabe aller demokratischer Menschen in Europa – heute wichtiger denn je.

Wir rufen alle fortschrittlichen, demokratischen und Friedenskräfte der Bundesrepublik auf, aktiv an der Menschenrechts- und Solidaritätskampagne vom 5. bis 12. Dezember 1982 zu beteiligen.

Der Prozeß gegen das Friedenskomitee der Türkei

Der Frieden ist ein Kampf



Das letzte Foto von den Angeklagten im Prozeß gegen das Friedenskomitee der Türkei.

1980, in der Eröffnungsrede zu einer Kunstausstellung, sagte Mahmut Dikerdem, Botschafter a.D. und Vorsitzender des Friedenskomitees der Türkei: „Der Frieden ist kein passiver Begriff. Der Frieden ist der Kampf gegen den Krieg, ist aber auch ein ununterbrochenes Bemühen, ein Kampf gegen die Ursachen, die zu Kriegen führen, gegen Imperialismus, Faschismus, Ausbeutungs- und Unterdrückungsregimes, Rassismus und Rassendiskriminierung, gegen die Bedrohungen der Unabhängigkeit von Nationen.“ Die Entwicklungen in der Türkei seit dem Militärputsch am 12. September 1980 zeigen, wie wahr seine Worte von damals sind.

Gleich nach dem Putsch wurden die Aktivitäten des am 3. 4. 1977 gegründeten Friedenskomitees der Türkei verboten. Danach versuchte die Militärstaatsanwaltschaft, die Friedenskämpfer einzukerkern. Doch dreimal lehnten die Militärgerichte den Antrag ab, Haftbefehl gegen sie zu erlassen, weil es an Beweisen fehlte. Schließlich, gestützt auf ein sogenanntes „Gutachten“ und auf durch Folter erzwungene Aussagen von zwei Angeklagten im Prozeß gegen die KP der Tür-

kei, die nachträglich von den Unterzeichnern widerrufen wurden, wurde am 23. Februar 1982 von dem zweiten Militärgericht der Kriegrechtskommandantur in Istanbul Haftbefehl gegen 30 Vorstands- und andere Mitglieder des Friedenskomitees erlassen. Einer von den Gefolterten, Aydan Bulutgil, ist nach ärztlichen Attesten durch diese Folter zum Krüppel gemacht worden.

Beginn des Prozesses gegen das Friedenskomitee

Von 30 Angeklagten kamen 25 durch eine Nacht-und-Nebel-Operation ins Gefängnis. Darunter befinden sich angesehene Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Künstler, Journalisten und Parlamentarier.

Sie verbrachten vier Monate im Gefängnis, bevor eine Anklage erhoben wurde.

Dadurch verloren manche ihre Arbeitsplätze oder ihre Ansprüche auf die Rente. Der Prozeß, der am 24. Juni 1982 begann, wird zur Zeit mit den Vernehmungen einzelner Angeklagter fortgesetzt.

Am 5. November 1982, zwei Tage vor dem Verfassungsreferendum, wurden sie von dem Militärgefängnis, in dem sie sich seit acht Monaten befanden, in ein Zivilgefängnis transportiert. Auf den erschütternden Fotos, die in den letzten Tagen erschienen sind, ist zu sehen, daß man sie dabei, wie bereits verurteilte Kriminelle, kahlgeschoren und in Häftlingskleider gesteckt hat.

Die Angeklageschrift, in der Haftstrafen von 8 bis 30 Jahren gefordert werden, basiert auf dem Paragraphen 141 des türkischen Strafgesetzbuches, der aus dem Strafgesetzbuch von Mussolini übernommen wurde. Die türkische Fassung dieses Paragraphen wurde im Laufe von vierzig Jahren mehrmals verschärft. Er lautet: „Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen, versuchen Vereinigungen zu gründen, oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten, oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen,

werden zu 8 bis 15 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Wer einige oder alle solcher Vereinigungen leitet, wird zum Tode verurteilt.“

Die Anklageschrift

Die Mitglieder des Friedenskomitees werden beschuldigt, hinter der Fassade einer legalen Organisation illegale Aktivitäten gegen die Interessen des türkischen Staates betrieben zu haben. Doch für diese Behauptung fehlt jeglicher Beweis.

Als sogenannte „Beweise“ werden in der Anklageschrift unter anderem folgendes aufgeführt: Stellungnahme des Senders der verbotenen Kommunistischen Partei der Türkei am 19. 9. 1980 zum Verbot der Aktivitäten des Friedenskomitees; eine Postsendung an die Adresse des Friedenskomitees aus der Sowjetunion, worin sich eine auch in der Türkei erhältliche Zeitschrift und der Text einer Rede von Leonid Breschnew über Abrüstung befanden, die auch in den Tagesnachrichten im türkischen Rundfunk und Fernsehen verlesen wurde; Veranstaltung eines Kulturabends zu Nazim Hikmets Ehren; Kritik an NATO; Forderung der Aufhebung der Paragraphen 141–142 des türkischen Gesetzbuches; Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen in der Türkei; Teilnahme an internationalen Veranstaltungen, wie z. B. an der Konferenz für Friedens, Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer in Athen.

Prozeßführung

Um einen Eindruck von der Prozeßführung zu vermitteln, bringen wir unten Auszüge aus der gerichtlichen Vernehmung von Mahmut Dikerdem.

Frage des Gerichtsvorsitzenden: Was ist Faschismus?

Dikerdem: Faschismus ist das Gegenteil von Demokratie. Faschismus ist nicht, wie oft angenommen wird, das Gegenteil von Kommunismus. Das Gegenteil von Kommunismus ist Kapitalismus.

Das sind zwei verschiedene Systeme. Faschismus ist gegen Frieden. Faschismus heißt die Vernichtung von allen Freiheiten. Faschismus ist ein Regime der Diktatur.

Frage: Sind Sie auch gegen Kommunismus?

Dikerdem: Wir sagen, daß sowohl Kommunismus als auch Kapitalismus auf dieser Welt existieren. Die zwei Systeme interessieren uns nicht. Wie Sie mich nicht fragen können, ob ich ein Kommunist bin, so können Sie mir auch nicht eine Frage zu einem Thema stellen, das mit uns nichts zu tun hat und in keiner von unseren Veröffentlichungen zur Sprache gebracht wurde. Ich antworte nicht auf eine Frage, die nichts mit uns zu tun hat. Ich bin gegen alles, was die Friedensbewegung hindert.

Frage: Sie haben in Ihrer Rede am 1. September 1978, anlässlich des Internationalen Friedenstag, gesagt: „... geht aus der Arbeiterklasse hervor.“ Was meinen Sie mit dem Wort „Arbeiterklasse“?

Dikerdem: Wenn ich vor einer Versammlung von Arbeitern spreche, verwende ich den Ausdruck „Arbeiterklasse“. Das hängt davon ab, ob die Zuhörer Arbeiter sind. In dieser Rede habe ich zur Sprache gebracht, daß der Beitrag der Werktätigen zu der Friedensbewegung groß ist. Wir haben das Wort „Klasse“ nie in einem ideologischen Sinne verwendet.

Frage: Sie haben, anlässlich des Kulturabends zu Nazim Hikmets Ehren, der von dem Friedenskomitee veranstaltet wurde, eine Rede gehalten. Was haben Sie dazu zu sagen?

Dikerdem: Die Person Nazim Hikmets hat zwei Seiten. Die eine ist, daß er unser nationaler Dichter ist, der in der ganzen Welt bekannt ist. Die andere ist sein Bekenntnis zum Proletarischen Internationalismus. Gleichzeitig hat er sich als erster Türke an der Friedensbewegung beteiligt und wurde zum Präsidium des Weltfriedensrates ge-

wählt. In seinen Erinnerungen schreibt Zekeriya Sertel, daß er in Wien mit Nazim Hikmet für die Friedensbewegung gearbeitet hat. Die Ehrung von Personen, die dem Frieden dienten ist eine Angelegenheit, die in unserer Satzung steht. In der Anklageschrift wird die Frage gestellt, warum wir Nazim Hikmet und nicht Maulana Galalu'd-din Rumi ehren. (Maulana ist ein mystischer Dichter aus dem 13. Jahrhundert, der aus Balch stammt und in Konya sein Hauptwerk, die Bibel des Sufismus, auf persisch verfaßte. Erl d. Red.) Die Philosophie von Maulana, und sein Friedensruf: „Komm, wer auch du bist!“ hat keine Gültigkeit im Friedenskampf unserer Zeit. Denn in unserer Zeit können die Menschen mit einem Knopfdruck vernichtet werden. Deswegen haben wir nicht daran gedacht, einen Kulturabend zu Maulanas Ehren durchzuführen.

Verteidigung von Mahmut Dikerdem, dem Vorsitzenden des Friedenskomitees der Türkei

In seiner Verteidigung vor Gericht sagte Dikerdem: „Wir nehmen die Behauptungen in diesem Text (d. h. die Anklageschrift, d. Red.) der mehr eine in einer sehr gereizten Stil verfaßte, polemische, politische Schrift darstellt als einen juristischen Text, nicht ernst. Wir nehmen aber die Mentalität, die diese Anklageschrift vertritt, sehr ernst und sehen uns verantwortlich dafür, diese Mentalität vor diesem Gericht und vor der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen ... Die Friedensbewegung als nur eine Sache der Linken zu betrachten, noch mehr, den Kampf für den Frieden als eine Taktik, eine Täuschung der Kommunisten zu bezeichnen, wie es seitens des militärischen Staatsanwalts getan wird, heißt, die Politik des kalten Krieges vor 30 Jahren wieder ins Leben zu rufen ... Die Anklageschrift greift schon in den ersten Seiten die Weltfriedensbewegung und den Weltfriedensrat mit großem Zorn an



Reha İsvan, Agronom, Lehrerin. Die einzige Frau unter den Angeklagten. Frau von Ahmet İsvan, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Istanbul, der Mitangeklagter im Prozeß gegen DISK ist.

und versucht, in Kaufnahme von der Entstellung der historischen Tatsachen, sie anzuschwärzen. Der größte Fehler, den die Anklageschrift begeht, liegt darin, die Weltfriedensbewegung als eine kommunistische Taktik, als einen Krieg, der bis zur Errichtung des Kommunismus geführt wird, zu bezeichnen. Doch das Ziel dieser Bewegung, wie es auch in der von den Vereinten Nationen registrierten Hauptsatzung steht, ist es, die friedliche Koexistenz von Nationen, die von unterschiedlichen politischen und sozialen Systemen regiert werden ... Sie, hohe Richter, stehen genauso wie wir vor der Weltöffentlichkeit und vor der Geschichte. Mit dem Urteil, das Sie über das Friedenskomitee der Türkei fallen werden, werden Sie die Stellung der Menschheit bestimmen und den überzeugten, entschiedenen Kampf unseres Volkes für den Frieden und für die Demokratie bestärken.“

Anfang November beschloß der Vorstand des Weltfriedensrates in Lissabon, Mahmut Dikerdem die diesjährige Salvador-Allende-Medaille zu verleihen. Damit wird sein Beitrag zur Verteidigung der Weltfriedensbewegung ausgezeichnet. Bei einer Feier, an der etwa 300 Delegierte aus 137 Ländern teilnahmen, nahm im Namen von Mahmut Dikerdem sein Sohn die Medaille entgegen. Die Delegierten ehrten

Dikerdem mit einer dreiminütigen Ovation.

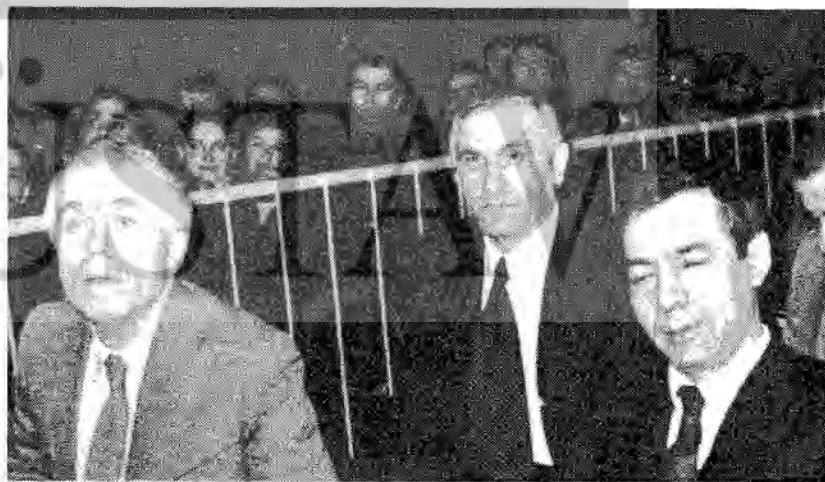
Der Prozeß gegen das Friedenskomitee der Türkei verdient aus zwei Gründen die besondere Beachtung aller Demokraten. Einmal veranschaulicht er ähnlich wie der DISK-Prozeß mit einer kaum zu überbietenden Deutlichkeit, wie in dem NATO-Land Türkei alle die feierlich verabschiedeten Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki mit den Füßen getreten werden. Gerade in diesen Wochen, in denen der „liberale“ Außenminister Genscher die „Demokratisierung“ in der Türkei lobt und dem Bundestag die Fortsetzung der bundesdeutschen Militär- und Finanzhilfe empfiehlt, müssen all diejenigen, für die Demokratie mehr als nur ein Lippenbekenntnis darstellt, die eklatante Mißachtung der Menschenrechte durch die Militärdiktatur in der Türkei verurteilen. Gleichzeitig gilt es die Verlogenheit und Doppelzüngigkeit jener Politiker in Bonn aufzudecken, die die Vorgänge in der Türkei als Maßnahme zur Rückkehr zur Demokratie bezeichnen und politisch

und finanziell unterstützen.

Doch der gegenwärtige Prozeß gegen das Friedenskomitee der Türkei hat auch eine weitere, allgemeine Bedeutung. Denn die Anklage des Militärstaatsanwalts in Istanbul stellt den extremsten Ausdruck der Angriffe dar, die allenthalben, auch in der Bundesrepublik Deutschland, gegen die Friedensbewegung geführt werden.

Der Ungeist, der in Istanbul aus dem Munde des Militärstaatsanwalts spricht, ist auch in Bonn, Brüssel und Washington zu Hause. Der Unterschied liegt darin, daß er sich in der Türkei, dank der Militärdiktatur, ungleich freier austoben kann als anderswo. Während er hierzulande sich auf Zeitungsartikel und Berufsverbote beschränken muß, kann er in der Türkei zu Kerker und Folter greifen. Das gibt uns Gelegenheit, ihn besser, sozusagen auf der freien Wildbahn kennenzulernen. An Hand dieses Beispiels können wir den menschen- und demokratenfeindlichen Charakter der Rüstungs- und Atomlobby deutlicher zeigen.

Prozesse in der Türkei



„Amerika geht – Rußland kommt“ Logik

Am 14. September wurde ein weiteres DISK-Verfahren bekanntgegeben, in dem für die 10 der 19 ange-

klagten Experten des DISK-Forschungsinstitutes die Todesstrafe beantragt wurde. Unter den Angeklagten befinden sich das ehemalige Mitglied des Komitees der Nationalen Einheit Ahmet Yıldız und der ehemalige Vorsitzende der Inge-

nieur- und Architektenkammer der Türkei Teoman Öztürk. Die Militärstaatsanwaltschaft erklärte, daß diese Verfahren mit dem Hauptverfahren verbunden werden. Somit erhöht sich die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 62. Eigenartigerweise wird ihnen „Gründung einer illegalen Organisation und diesbezügliche Aktivitäten“ vorgeworfen.

Das Hauptverfahren gegen den Progressiven Gewerkschaftsbund dauert nun durch die langwierigen und unsachlichen Vernehmungen von einzelnen Angeklagten seit mehreren Monaten an. Nach der Vernehmung des Vorsitzenden Abdullah Bastürk (Siehe TI Juni/Juli 82) wurden bisher 15 Personen vernommen. Der Generalsekretär Fehmi Isiklar am 7. August:

„Alle Behauptungen in der Anklageschrift beruhen auf der im Strafrecht nicht zulässige Vergleichslogik, sind abstrakt, undefiniert und subjektiv. Sie stützt sich auf keinerlei konkrete Beweise. Sie weist neben materiellen Fehlern auch Unkenntnis auf. Sie beruht auf Fälschungen, Vermutungen und Zweifeln. Sie ist unberechenbar, widersprüchlich und voller Vorurteile. Sie ist mit Aktenmaterial aufgeblasen, das mit DISK in keiner Weise im Zusammenhang steht.“ Gerne versucht der Staatsanwalt die Tätigkeit von DISK mit sozialistischen Staaten, besonders mit der Sowjetunion, in Verbindung zu bringen. Isiklar: „Die Betrachtungsweise der Anklageschrift geht von der ‚Amerika geht, Rußland kommt‘-Logik aus. Nach der Meinung der Anklage bedeutet Kritik an der NATO, sich zur sowjetischen Ideologie zu bekennen. Nach dieser Logik ist es möglich, in De Gaulle einen Marxisten-Leninisten zu sehen.“

Das Gericht vor einer Wahl

Bis zum Militärputsch vom 12. September betätigte sich die Arbeiterpartei der Türkei, TIP, neben der TSIP als eine sich auf die Verfassung berufende und gesetzlich zugelassene Partei.

Seit April dieses Jahres sitzen die 58 führenden Köpfe dieser Partei auf

der Anklagebank. Auch der TIP wird vorgeworfen, daß sie sich auf den Marxismus-Leninismus berufe und somit eine Klassenpartei sei. Bekanntlich befindet sich die inzwischen 61-jährige Vorsitzende Behice Boran im Ausland und wurde von den Junta-Behörden ausgebürgert. Ein Vorstandsmitglied, Vedat Pekel, hatte schon bei seiner Verteidigung gesagt, daß dieser Prozeß ein politisches Ziel hat, nämlich die demokratischen Rechte und Freiheiten abzusagen. In der Verhandlung am 23. September sprach Dincer Dogu im Namen aller Ange-

klagten: „Mit unserer Person wird eigentlich das Verfassungsgericht angeklagt.“ Er wies auf die Paragraphen 56 und 57 der inzwischen aufgehobenen 61er Verfassung hin und bekräftigte, daß die Aufgabe der Urteilsprechung in ihrem Fall nur zum Verfassungsgericht gehöre. „In diesem Prozeß“, sagte Dogu, „werden entweder die Prinzipien des Rechtsstaates und die Gesetze, oder aber die Willkür, die diese mißachtet, eine Geltung finden. Und somit befindet sich Ihr Gericht vor einer solchen Wahl.“



„Abrechnung mit der TKP“

Mit der Eröffnung eines weiteren Prozesses Anfang August dieses Jahres gegen „Mitglieder“ der Kommunistischen Partei der Türkei in Istanbul laufen nun zur Zeit insgesamt acht „TKP-Prozesse“ in der Türkei.

Bekanntlich hatten die Boulevardblätter Ende 1981 über eine weitere „endgültige Vernichtung“ in der Geschichte dieser Partei gejubelt. In Istanbul stehen 98 Personen wegen subversiver Tätigkeit vor dem Militärgericht. Es heißt in der Anklageschrift: „Die Aktivitäten der TKP deuten auf einen subversiven Separatismus hin, weil sie nicht von der Anwesenheit eines Volkes, sondern von der mehrerer ausgeht.“

Wie in den anderen „TKP-Prozessen“ in Ankara, Adana, Aydin, Gölcük, Izmir und Mersin, befaßt sich die Anklageschrift mit der Gründung, dem Programm, der Ideologie, der Bildungsarbeit dieser

Partei und ist nicht in der Lage, sich auf konkrete Tatbestände zu beziehen. Es kommt der Militärstaatsanwaltschaft mehr darauf an, den Eindruck zu erwecken, daß mit der TKP „abgerechnet“ wird; es fragt sich, mit welcher Glaubwürdigkeit. Denn selbst Evren Pascha fühlte sich während seiner Werbungsreisen für die neue Verfassung gezwungen, „seine Landsleute“ vor einer Antikampagne der TKP zu warnen. Allerdings sind die angeblichen TKP-Verdächtigen in den Haftanstalten einem systematischen Terror ausgesetzt. Z.B. in dem Prozeß in Ankara beklagte sich der Verteidiger Halil Celenk über das gesetzeswidrige Verhalten der Verantwortlichen in der Haftanstalt, die den Kontakt zu seiner Mandantin verhinderten. Die Angeklagte Cetin berichtete vor dem Gericht, daß die Wärter die Zellen systematisch durchwühlten. Kaum wurde aufgeräumt, erklärte sie, besetzten die Wärter erneut den Raum. „In den 3 Tagen vor der Verhandlung wurde der Psychoterror so intensiviert“, meinte Cetin, „daß sie diese Zeit ohne Schlaf verbrachten.“

Fortsetzung auf S.

„Rapid Deployment Force“

Schon einheimisch in Anatolien?

Der Generalmajor James I. Lindsay sprang aus einer C-141 in den ost-anatolischen Herbsthimmel hinein. Er landete genau auf dem Ziel: einem Sonnenblumenfeld. Sein Jeep hatte die Erde etwas schneller erreicht und stand bereit. Der Kommandant der 82. Landungstruppe der „Rapid Deployment Force“ fuhr eilends zu dem Beobachtungspunkt, an dem die führenden Offiziere der türkischen Armee und der alliierten Kräfte der NATO auf ihn warteten. Seine Truppe hatte die Aufgabe, die Handlungsfähigkeit der „Schnellen Eingreiftruppen“ der USA innerhalb dieses NATO-Manövers unter Beweis zu stellen. Sie war von Stuttgart aus gestartet und hatte das Städtchen in der Osttürkei erreicht. Vom Abwurf des ersten Kampfmateri als bis zur Landung des letzten Fallschirmspringers dauerte das Ganze nur 6 Minuten.

Später erklärte der Pressesprecher der Truppe, Major Dye, den Journalisten, daß die 500 Mann starke Truppe – auch die Goldene Truppe genannt – als die Besten der aus der 101. und 82. Division zusammengestellten schnellen Eingreiftruppe der US-Armee die wichtigsten Aufgaben übernehmen würde. Sie hatte schon in der Dominikanischen Republik, in Belgisch-Kongo, in Vietnam und Nordkorea die Gelegenheit gehabt, ihr Können zu demonstrieren.

„Nach der Befehlserteilung“, so Dye, „ist die Truppe in der Lage, innerhalb von 18 Stunden und unabhängig von der Witterung und der geographischen Lage überall auf der ganzen Welt zu operieren.“ In einer verteilten Informationsschrift über die Truppe heißt es: „Sie ist verpflichtet wo, wann und unter welchen Bedingungen auch immer, die Würde der Vereinigten Staaten zu verteidigen.“

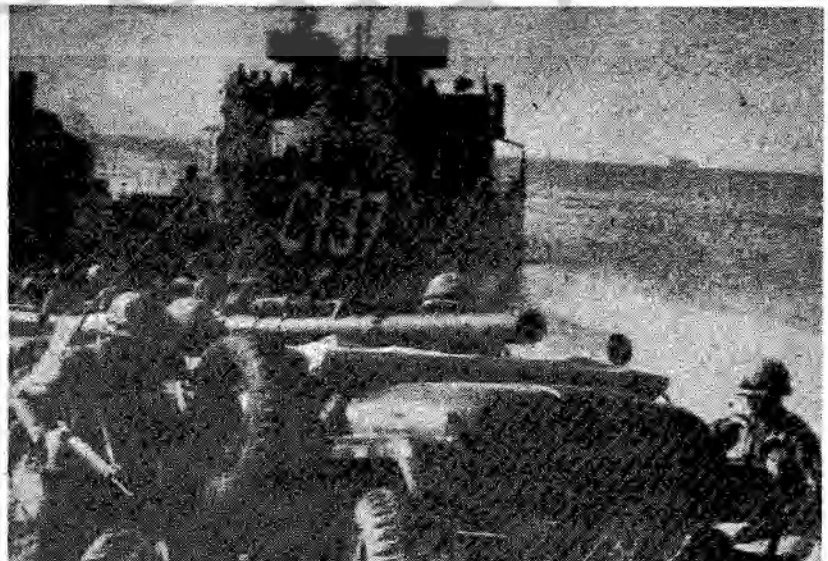
Verteilt wurden auch auf dieser Pressekonferenz Visitenkarten von

W. A. Fuchs, Vertreter der A-10-Kampfflugzeuge in Europa. Er war im Auftrage der „Fairchild Republic Company“ nach Keşan eingereist und beobachtete den Einsatz der neuentwickelten Flugzeuge seiner Firma.

Reagan beauftragt Pentagon

Am 24. Oktober veröffentlichten die Washington Post, die Herald Tribune und eine Reihe weiterer Zeitungen im Ausland, aber auch in der Türkei, eine sich auf geheime Quellen stützende Nachricht des durch die Aufdeckung des „Watergate-Skandals“ bekanntgewordenen Journalisten Jack Anderson. Anderson behauptete, daß die Reagan-Führung das Pentagon beauftragt habe, Pläne zur Modernisierung der türkischen Armee zu entwickeln und daß dies zu den strukturellen Vorbereitungen der auf die Golf-Region gerichteten Pläne Washingtons gehöre. Er berichtete weiterhin, daß diesbezüglich Verhandlungen aufgenommen worden seien und als erstes die Erstellung dreier neuer Landepisten geplant werde. Die in der Nähe von Muş vorgesehene Landepiste sei durch ihre vom Iran, dem Irak und der Sowjetunion gleichmäßig entfernter Lage von besonderer strategischer Wichtigkeit.

Landung an der Saros-Bucht – „Konsequenz '82“ der NATO



Außenministerium bricht sein Schweigen

Am 26. Oktober erklärte der Sprecher des Außenministeriums der Türkei, Nazmi Akıman, in einer Pressekonferenz, daß die Behauptung Andersons ein Produkt seiner ganz persönlichen Fantasie und Vermutungen sei. Am Nachmittag des gleichen Tages eilte das Informationsamt des Ministeriums zu der nächsten Pressekonferenz.

„Diese Nachrichten und Kommentare beruhen auf einer falschen oder beabsichtigten Bewertung des am 7. und 8. Oktober 1982 zwischen den amerikanischen und türkischen Delegationen der gemeinschaftlichen Verteidigungsgruppe der NATO stattgefundenen Spitzentreffens. Schon vor und nach dem Treffen gaben wir unsere Gespräche der Presse bekannt. So sind die Berichte über die geheime Kontaktaufnahme der USA zu der türkischen Regierung gänzlich frei erfunden. Andererseits wurden in den erwähnten Gesprächen die Verteidigungsziele der NATO, die Verstärkung der Verteidigungskraft der Türkei und die diesbezüglichen Pläne der NATO und ihre Durchführung behandelt. Jegliche Nachrichten und Kommentare, die diese innerhalb der Gemeinschaftsarbeit der NATO stattfindenden Gespräche mit den auf die Golf-Region gerichteten strategischen Vorstellungen oder Tendenzen und vor allem mit der Aufgabe der Schnellen Eingreiftruppen verbinden, sind von Tatsachen entfernt und als Spekulationen zu betrachten.“

Auf eine Stellungnahme der türkischen Behörden in bezug auf Vermutungen, daß die US-Regierung die Türkei zu einem Sprungbrett in den Nahen Osten und dem Wachstum für die Sowjetunion ausbauen will, hatte die Öffentlichkeit der Türkei lange gewartet. Denn in den letzten zwei Monaten konnte die Öffentlichkeit nicht nur einen intensiven Besucherstrom aus den USA, sondern auch eine Reihe gehäufte militärischer Aktivitäten beobachten.

Ergänzung der Kette Saros/Golf

Während der Spitzengespräche der türkisch-amerikanischen Gruppe für die gemeinschaftliche Verteidigung in Ankara andauerten, führte die NATO ihr Herbstmanöver in Südeuropa durch. Es hatte am 30. September in Norditalien begonnen und sollte in der griechischen Bucht Saros enden. Gleichzeitig veranstaltete die „Stiftung für politische, ökonomische und soziale Untersuchungen“ SISAV in Istanbul eine Tagung unter dem Motto „NATO der 80er Jahre“, an der neben den Sicherheitsexperten der westlichen Welt, Strategen der US-Regierung, Ideologen des Pentagon und CIA-Experten teilnahmen. Auch Richard Perle, Sicherheitsbeauftragter des US-Verteidigungsministeriums befand sich unter den Teilnehmern der Tagung, der anschließend in Ankara während des Spitzentreffens den Vertrag zur Modernisierung von 10 Flughäfen schloß und sich zu einer Reise in die Städte wie Erzurum, Diyarbakir, Dana und Izmir begab. Gerade eine strategische Verbindung dieser Städte bietet die Möglichkeit für einen reibungslosen Durchstoß bis in die Golfregion.

Die Tageszeitung „Cumhuriyet“ zweifelte nicht daran, daß die Tagung „NATO der 80er Jahre“ dazu dienen sollte, die Öffentlichkeit auf die zukünftige Rolle der Türkei im Nahen Osten gefaßt zu machen. Sie wies auf die Risse innerhalb der NATO durch die unterschiedlichen Haltungen zwischen einigen europäischen Staaten und der USA gegenüber den sozialistischen Ländern und der veränderten Lage in der Golfregion nach dem Sieg der iranischen Revolution hin. „Während die USA eine starke Beteili-

gung europäischer Staaten an den Verteidigungsausgaben der NATO verlangte, reagierten diese nicht allzu begeistert über die Vorstellungen Washingtons im Hinblick auf eigene wirtschaftliche Probleme sowie der besonderen geographischen Lage. Nach Erpressung klingt es, als die USA von dem Rückzug der in Europa stationierten Truppen spricht, die sie anschließend zur Verteidigung der Golfregion einzusetzen beabsichtigte. Dies bedeutet gleichzeitig, daß innerhalb der NATO eine Einstimmigkeit zu erzielen ist und daß die bisher geltenden Doppelverträge verändert werden müssen.“

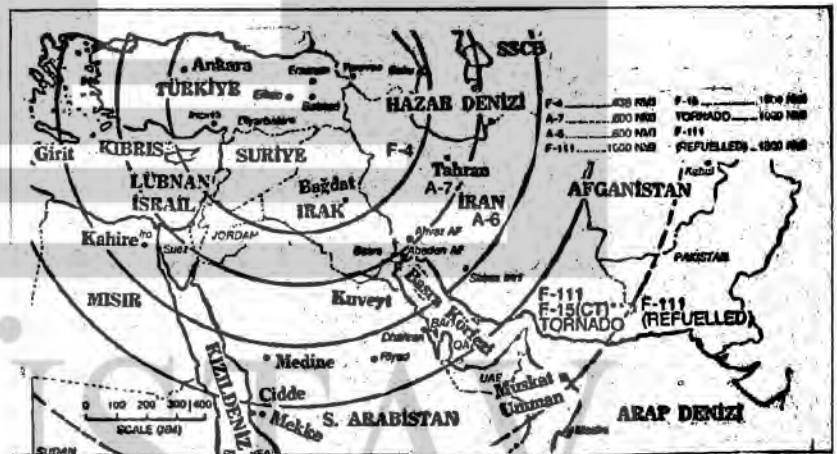
Wohlstetters Formel

Auf der SISAV-Tagung in Istanbul bekräftigte der Professor Wohlstetter seine Formel, dessen Name nach der Veröffentlichung seines Artikels in einer Zeitschrift (Survey, Nr. 25/1980 „Begegnung der Gefahr in der Golfregion“) der Öffentlichkeit in der Türkei bekannt wurde. „Cumhuriyet“ meint in diesem Zusammenhang: „Gerade dort taucht

NATO-Staaten unlösbare Folgen haben. Die den Nordwestiran mit der Golfbucht verbindende Straße liegt von den Stützpunkten in Diego Garcia 3100 Meilen, in Mombasa, Kenia, 2600 Meilen, in Berbera-Somalia 1700 Meilen und in Mesire-Ummän 1300 Meilen entfernt. Der kritischste Punkt dieser Straße ist aber von Van in der Türkei nur etwas mehr als 100 Meilen und die gesamte Straße nur 300 Meilen entfernt.“

Nach Wohlstetter kann ein sowjetischer Einmarsch nicht durch einen Truppentransport per Luftstreckenflug verhindert werden. Seine Strategie stellt im Gegensatz zu der Carters die Wirksamkeit der sich auf dem Lande bewegendem Truppen, zu dem Einsatz der Luft- und Marineeinheiten als eine überzeugende Alternative für die europäischen Regierungen dar.

Zur Begründung dieser Strategie genügt die Vermutung eines sowjetischen Einmarsches in dieses Gebiet nicht. Es werden immer neue Gedanken entwickelt, um sie zu rechtfertigen. Der ehemalige Car-



Strategische Alternative des Professors Wohlstetter

die Formel des Golf-Strategen Prof. Wohlstetter auf. Durch seine Alternative übernimmt die Türkei eine neue Aufgabe neben ihren Verpflichtungen in der NATO, damit die Zustimmung aller NATO-Staaten erreicht werden kann. Die Beteiligung der Europäer kann erst mit der Gendarmenrolle der Türkei im Nahen Osten erzielt werden.“

Der Reagan-Berater Wohlstetter meint selber: „Eine Besetzung des nordwestlichen Iran durch die sowjetischen Truppen könnte für die

ter-Berater Paul Henze, der die mit der Firma „General Dynamics“ für das Geschäft mit der türkischen Regierung konkurrierende „Northrop“ vertritt, meint in der SISAV-Tagung:

„Hinter dem armenischen Terror liegt eine erschreckende Absicht. In diesem Gebiet befinden sich Flughäfen, von denen aus die Golfregion bequem über den Luftweg erreicht werden kann. Das Ziel ASALAs ist dieses Gebiet von der NATO loszulösen und dem ‚befreiten‘ sowjetischen Armenien anzugliedern.“

Henze schafft auch über den Papst-Attentäter Agca Klarheit: „Im Fall Agca sind noch intensivere Untersuchungen erforderlich. Es gibt sehr viele Beweise über die Kontakte Agcas zu den Sowjets. Die verdeckte Handlungsweise, die Finanzierung und die Vorbereitung Agcas deuten darauf, daß der KGB seine Finger im Spiel hat.“

Selbst eine örtliche Unruhe in der Osttürkei dient zur Rechtfertigung der neuen Strategie. Wohlstetter: „Ein örtlicher Aufruhr kann spontan zustandekommen, aber auch von den Sowjets angestiftet werden.“

In jedem Fall kann eine solche Entwicklung den Sowjets eine Gelegenheit bieten, die für einen Einmarsch einländend wirkt.“

Sorge um die Zukunft

Eine solche Denkweise und Begründung bedeutet, daß die Türkei die für sie vorgesehene Gendarmenrolle übernehmen wird, falls es in diesem Gebiet zu solchen Entwicklungen kommen sollte. Auch im Oktober statteten die amerikanischen Bankiers und Geschäftsleute der Türkei einen Besuch ab. Die Türkei bräuchte ihrer Meinung nach sich nicht zu industrialisieren. „Sie sollte sich“, so die Bankiers „zum Krämerladen des Nahen Ostens entwickeln.“

Mitte Oktober trafen sich der Chef der Abteilung Türkei/Griechenland/Zypern im US-Außenministerium, Dirk Gleysteen, und der CIA-Chef William Casey, einer der Männer im Weißen Haus, die zu jeder Zeit den Präsidenten sehen dürfen. Sein Reisezweck wurde nicht bekanntgegeben. Bekannt wurde allerdings, daß er Ankara im Anschluß seiner Reisen in Länder wie Marokko, Ägypten und Kenia besuchte. In die Länder, die in der im Zusammenhang mit dem Artikel Wohlstetters in „Survey“ abgedruckten Landkarte als strategisch wichtig gelten. Wohl nicht nur aus purer Genugtuung vor der berühmten Gastfreundschaft der Bevölkerung der Türkei gab der Kommandant der südöstlichen Alliierten Kräfte der NATO, Generaladmiral Crowe, eine Erklärung ab: „Die NATO-Zentrale sollte in die Türkei verlegt werden.“

Der Monat Oktober brachte nicht nur eine starke Besucherwelle aus Nordamerika, sondern auch die gefesselte demokratische Öffentlichkeit in der Türkei zu neuen Gedanken. In den einzelnen Massenmedien kann man die wachsende Sorge der Bevölkerung um die Zukunft des Landes erkennen. Bisher leugneten die Militärherrscher, Ver-

pflichtungen einzugehen, die die Türkei zu einer gefährlichen Zielscheibe verwandeln, ihre Beziehungen zu den benachbarten Staaten zerstören würden. Dies würde auch bedeuten, daß die Unterdrückung der Menschenrechte noch brutālere Formen annimmt. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf, daß dies der Fall ist. ●

Fortsetzung von S.

Auch TSIP vor der Anklage

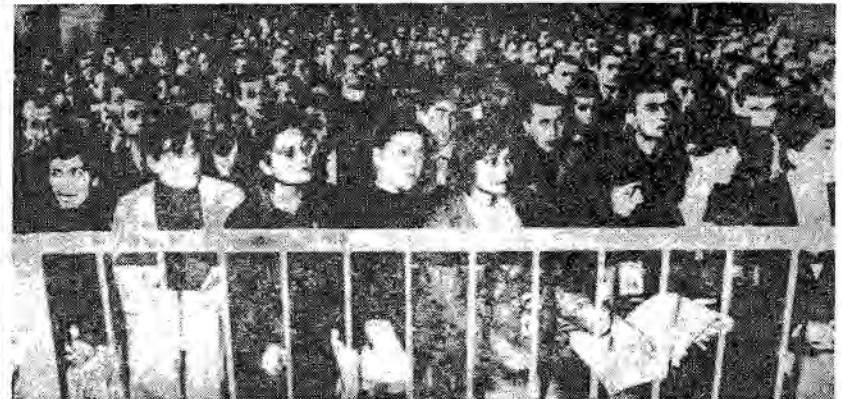
Erst im September dieses Jahres wurde gegen die 19 führenden Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei ein Prozeß eingeleitet. Unter den Angeklagten befinden sich die Mitglieder des Zentralen Vorstandes, aber auch den Vorständen von Sinop und Karasu. Dieser Partei wird in der Anklageschrift vorgeworfen, seit ihrer Gründung im Jahre 1974 Propagandaarbeit zur Verbreitung marxistisch-leninistischer Ideologie betrieben zu haben, um die bestehenden ökonomischen und sozialen Systeme der freiheitlich-demokratischen Grundordnung von Grund auf zu verändern. In der ersten Verhandlung verwies das Vorstandsmitglied Cemal Özden das Gericht darauf, daß keine einzige strafrechtliche Verfolgung gegen seine Partei seit ihrer Gründung angeordnet worden war und dies erst nach dem 12. September 1980 der Fall sei. „Rechtlich sollte sich seitdem nichts verändert haben. Wenn ja, gilt dies für die Politik, d. h. die politische Situation... Somit besitzt diese Anklageschrift die Eigenschaft einer oppositionellen Parteierklärung im Gegensatz zu einer rechtlichen Unterlage.“ Im November berichteten die Zeitungen, daß ein Prozeß ge-

gen 52 TSIP-Mitglieder in Mersin eröffnet worden sei, die sich für die Reorganisation ihrer Partei betätigt haben sollen. Der Staatsanwalt zu einem Angeklagten in diesem Prozeß: „Okay, verstanden! Man schlug Sie, setzte Sie unter Strom, band Gewichte an ihr Geschlechtsorgan, aber beantworten Sie erst die Frage.“

Ein weiterer Massenprozeß erregt Aufsehen

In zahlreichen Orten finden insgesamt 80 Prozesse gegen den linksrevolutionären DEV-YOL statt, und weitere stehen auf der Tagesordnung. In diesen Prozessen wurde 1300mal die Todesstrafe gefordert. Der am 18. Oktober in Ankara angelaufene Prozeß gilt neben den MHP- und DISK-Prozessen als einer der größten. 186 der 574 Angeklagten droht die Todesstrafe.

Dem „Revolutionären Weg – DEV-YOL“ wird vorgeworfen, „die Verfassung gänzlich oder teilweise zu zersetzen und abzuschaffen und die Große Nationale Versammlung der Türkei an ihrer Pflichterfüllung gewaltsam zu behindern“. Die Anklageschrift beträgt 1329 Seiten, die in zwei Bänden gesammelt worden sind. ●



Radikalkur mit Panzern und Bajonetten

Bessere Zahlungsbilanz – Schlechtere Lebensbedingungen

Nur wenige Monate nach der notwendig gewordenen Ablösung des einst als „Architekten des angeblichen Wirtschaftswunders“ in der Türkei gepriesenen Turgut Özal, kam es zu einem öffentlichen Disput zwischen dem Finanzministerium des Landes und dem staatlichen Institut für Statistik. Das Finanzministerium gab die im Jahre 1982 zurückzuzahlenden Beträge für Verzinsung und Tilgung ausländischer Kredite mit 1,3 Milliarden an, während die Berechnungen des staatlichen Statistikinstituts eine Summe von 2,85 Milliarden Dollar ergaben.



Neuer Finanzminister Kafaoglu: Aus dem Vorzimmer des Juntachefs auf Ministersessel

Fest steht, daß die Türkei bereits im letzten Jahr 68 Prozent ihrer Deviseneinnahmen aus Exporten für Rückzahlung und Verzinsung der Auslandsschulden verwenden mußte. Für die Einfuhr anderer Güter, die für die wissenschaftlich-technologische Entwicklung und damit gleichzeitig für die Steigerung der Exportfähigkeit des Landes notwendig wären, blieb also ein sehr geringes Volumen übrig, wenn man auch noch den hohen Anteil der Konsumgüter an den Gesamtimporten berücksichtigt.

Nach wie vor hängt man in Ankara dem von Özal prophezeiten Traumzustand nach, mit Steigerungsraten von mehreren 100 Prozent im Handel mit arabischen Ländern den Zauberschlüssel in der Hand zu halten, mit dem das hochverschuldete Land aus der Misere geführt werden könnte.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde die Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1982 vom ersten Platz in der türkischen Handelsstatistik verdrängt und vom Irak abgelöst, der in diesem Zeitraum seinen Handel mit der Türkei um fast ein Drittel auf 927 Milliarden Dollar steigerte. Die Bundesrepublik konnte im gleichen Zeitraum ledig-

lich einen Zuwachs von 16 Prozent auf 822 Milliarden Dollar verbuchen. Anfang November verwies der Ministerpräsident Ulusu mit einigem Stolz auch auf die politische Bedeutung des rapiden Anstiegs des Exportanteils in den Nahen und Mittleren Osten. Betrug der Anteil des Exporthandels in diese Länder 1980 noch 29 Prozent, ist er jetzt auf nahezu die Hälfte gestiegen.

Hoffen auf OECD-Länder

Doch nach Ansicht vieler Wirtschaftsexperten im Lande dürfen diese Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Türkei nach wie vor ein „Schwellenland“ bleibt und weiterhin auf den Export von Technologie aus dem Westen angewiesen ist. Die aufgebaute „Montage-Industrie“, vor allem bei den einfachen Fertigungsgütern der chemischen Industrie sowie im Kraftfahrzeugbereich, wird weiterhin dafür sorgen, daß die Deviseneinnahmen des Landes zu einem erheblichen Teil in die hochindustrialisierten Länder zurückfließen.

Die äußerst prekäre Lage der türkischen Wirtschaft war zuletzt im Spätsommer dieses Jahres in aller Deutlichkeit klageworden, als An-

fang Juli der stellvertretende Ministerpräsident Turgut Özal zusammen mit „seinem“ Finanzminister Kaya Erdem und dem Wohnungsbauminister Serif Tüten zurücktrat. Offiziell wurde zwar darauf besonderer Wert gelegt, zu betonen, daß keinerlei Abweichungen von dem von Özal bereits unter Demirel eingeleiteten wirtschaftlichen „Reformkurs vom 24. Januar 1980“ geplant seien: Doch die horrenden Arbeitslosenzahlen und immer noch astronomischen Inflationsraten ließen keinen Zweifel, daß Turgut Özal auf „höhere Weisung“ zurücktreten mußte.

Trotz Lohnstopp wirtschaftliche Katastrophe

Özal war vor allem als ein unbeugbarer Befürworter einer monetaristischen Politik auch im Ausland bekannt geworden, als er auch nach dem Putsch im September 1980 als einziges Regierungsmitglied sein Amt beibehalten durfte: Die Militärjunta brauchte ihn dringend für die zu erbettelnden massiven Finanzhilfen und gigantischen Umschuldungsaktionen bei den westlichen Verbündeten. Özal stand als ehemaliger Sprecher des Unter-

nehmervverbandes der Metallindustriellen im engen Kontakt zu Gremien wie IMF und OECD und verfügte auch sonst über zahlreiche Verbindungen zur internationalen Finanzwelt. Mit einer Zwangskur und einem faktischen Lohnstopp reduzierte er die Inlandsnachfrage, um die auch 1981 über 100 Prozent liegende Inflationsrate zu senken. Dies hatte zwar eine optische Verbesserung der türkischen Zahlungsbilanz zur Folge, doch gleichzeitig erreichte die Arbeitslosenquote einen noch nie dagewesenen Höchststand, und aufgrund astronomischer Zinssätze gingen die Investitionen sowie der Absatz von Industrieprodukten rapide zurück.

Vertreter der mittelständischen Unternehmen erklärten Mitte November in Istanbul, daß die auch unter dem neuen Finanzminister Kafaoglu fortgesetzte restriktive Geldpolitik in den kommenden Monaten Tausende von Klein- und mittelständischen Betrieben in den Bankrott treiben werde. Allein in den ersten 10 Monaten d.J. stieg die Zahl der Firmen in Istanbul, die Konkurs anmelden mußten, auf 3.800.

Nach Konsultationen mit Vertretern aus USA und den OECD-Ländern verlautete es in den letzten Wochen in Ankara, daß diese Kreditgeber, die in den letzten zwei Jahren in einer einmaligen Unterstützungsaktion der Junta eine Finanzhilfe von

etwa 13 Milliarden Dollar gewährten, weiterhin auf einen spürbaren Abbau der staatlichen Wirtschaftsunternehmen (KITs) und Ausbau des landwirtschaftlichen Sektors drängen, was eine noch höhere Arbeitslosenquote und eine noch größere Abhängigkeit der industriellen Produktion vom Ausland bedeuten würde.

Evrens Berater als Minister

Der neue Finanzminister Kafaoglu hat offensichtlich die Aufgabe, diese schwer verdauliche Wirtschaftspolitik trotz massiver Unzufriedenheit in der Bevölkerung durchzusetzen. Da er bis zu seiner Ernennung zum Finanzminister persönlicher Berater des Junta-Chefs General Evren war, dürfte er für diese Aufgabe bestens vorbereitet sein.

Eine maßgebliche Ursache für die scheinbar spektakulären Erfolge von Özal war die Unterbindung jeglicher gewerkschaftlicher Aktivität. Die Ausnahmebedingungen in einigen benachbarten Ländern, wie z.B. der Golf-Krieg, begünstigt einen zeitweiligen Exportboom. Doch ein Instrument seines „Sanierungsprogramms“ wurde letztendlich zu Özals Verhängnis: Die sogenannten „Bankiers“, völlig unkon-

trollierte Broker-Firmen, schossen vor allem nach Freigabe der Zinssätze 1981 wie die Pilze aus dem Boden, verzeichneten in knapp zwei Jahren einen explosionsartigen Aufstieg.

Betrug an Kleinsparern

Die verzweifelten Kleinsparer liefen den klassischen Banken, die für festgelegte Sparguthaben „nur“ etwa 40 bis 50 % Zinsen anbieten konnten, angesichts der horrenden Inflationsraten in Scharen davon und vertrauten ihre Ersparnisse den Broker-Firmen an, die für Spareinlagen bis zu 120 % Zinsen zahlten.

Doch die nicht mehr aufzuhaltende Beschleunigung bei der Senkung der Inlandsnachfrage und die Beschwerden von Holdinggruppen, die selbst bei ihren hauseigenen Bankinstituten auf immer größere Liquiditätsschwierigkeiten stießen, veranlaßten Özal, gegen das von ihm selbst kreierte „Bankiers“-Unwesen vorzugehen. Durch Unterbindung des weiteren ungehinderten Verkaufs von Bankzertifikaten und Schuldscheinen wurden sie über Nacht in den Bankrott getrieben. Doch der Zusammenbruch dieser „fliegenden“ Bankiers bedeutete für die Hunderttausende von Kleinsparern auch ihr eigener Ruin. ●

Arbeitslose in der Türkei: „Ich übernehme jede Arbeit“



Die Ausländerpolitik nach dem Kanzlerwechsel

Wer zuviel ist, soll gehen dürfen

Der vielzitierte „Wechsel in Bonn“, so wurde dem Beobachter schnell verdeutlicht, soll vor allem auch eine Wende in der Ausländerpolitik herbeiführen. Schon in den Koalitionsvereinbarungen zwischen den „Christen“ und den Liberalen ist das überragende, eigentlich einzige Thema bezüglich der Innen- und Sicherheitspolitik die zukünftige Ausländerpolitik; der gerade gekürte und noch von Stolz ergriffene neue Bundeskanzler Helmut Kohl widmete dem Thema eine der ersten Äußerungen im Amt: „Die Zahl der Türken in der Bundesrepublik muß auf menschlich anständige Weise verringert werden.“ Und auch die Regierungserklärung Kohls am 13. Oktober 1982 nannte die Ausländerpolitik als Schwerpunkt des Dringlichkeitsprogramms bis zur Neuwahl. Es entspricht dieser Logik, daß unter den ersten Kabinettsbeschlüssen der neuen Regierung auch einer zur Ausländerpolitik zu finden ist: Die Visumpflicht wurde für einige Ausländer ausgeweitet.

Kein Zweifel, die neue Mannschaft in Bonn spricht unumwunden aus, was sie erreichen wollen oder, besser, was sie den Wählern gerne glauben lassen wollen, was sie erreichen wollen. Denn eingehend betrachtet, unterscheiden sich die bisherigen Vorschläge zu Ausländerproblemen lediglich in der Art ihrer Darstellung, in der Schärfe der Wortwahl von denen der vorangegangenen Regierung und keineswegs in den Handlungsperspektiven. Schon die SPD/FDP hat ja alles Erdenkliche getan, um den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, man wolle den Ausländern eine Zukunft in der Bundesrepublik sichern. Auch schon die Regierung Schmidt hat sich für Rückkehranreize in Form von Kapitalisierung sozialer Ansprüche ausgesprochen, hat den Familiennachzug eingegrenzt und überlegt, wie diese

Eingrenzung noch zu verschärfen wäre. Es ist dabei sicherlich angebracht, sich zu erinnern, daß das Nachzugsverbot von Kindern der Ausländer über sechs Jahre im Juli lediglich vertagt wurde – also beileibe nicht ad acta gelegt. Nicht ohne Reiz: Auch die Vertagung wurde vor allem durch den Einspruch des damaligen Innenministers Baum erwirkt, der ja bekanntlich der einzige FDP-Minister ist, der vor den Augen der Regierungsmehrheit nicht akzeptiert wurde. Der Vorschlag, das Nachzugsalter zu senken, stammte im Kabinett von dem SPD-Minister Westphal.



Integration und Begrenzung

Die Vorschläge der Kohl-Regierung sind ausgesprochen dürftig, wenn man sie etwas näher betrachtet, und zeigen, daß die Handlungsmöglichkeiten in der Ausländerpolitik eben doch recht eng begrenzt sind, will man nicht allzu viele gesetzliche und internationale Vereinbarungen verletzen. Die Hoffnung der neuen Regierung Kohl, sich durch das „menschlich anständige“ Verringern der Ausländerzahlen einen Blitzerfolg zu verschaffen, ist kaum berechtigt:

1. Die Kohl-Regierung bleibt bei dem Grundsatz, daß die Integration der bei uns lebenden Ausländer ein wichtiges Ziel ist und daß diese aber nur möglich ist,

wenn die Zahl nicht steigt. „Vor allem gilt es, eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung zu verhindern.“

Genau diesem Leitsatz fühlte sich auch die alte Regierung verbunden, und sie war auch damals bereits falsch. Wäre die Integration der Ausländer von ihrer Zahl abhängig, dann müßten die Ausländer bereits voll integriert sein, denn es gab ja Zeiten, in denen z. B. nur eine Million Ausländer oder zwei Millionen hier lebten. Auch die Unterstellung, daß die Einwanderung unbegrenzt und unkontrolliert sei, entbehrt jeder Grundlage. Allenfalls einige, prozentual sehr wenige illegale Einreisen verdienen das Prädikat „unkontrolliert“. Der überwiegende Teil der Ausländer, schätzungsweise 95 Prozent oder mehr, kamen und kommen in die Bundesrepublik aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen, also legal. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß man die gesetzlichen Bestimmungen jetzt gerne ändern möchte. Aber selbst wenn es gelingen sollte, daß kein einziger Ausländer mehr die Grenze der Bundesrepublik übertritt, so könnte sich die Zahl der Ausländer dennoch erhöhen – auf die natürlichste Art: durch die Geburt von Kindern. Da das Durchschnittsalter der Ausländer in der Bundesrepublik sehr niedrig ist, ist die Geburtenhäufigkeit höher als die der Sterbefälle. Müßte man dann die Kinder, die hier geboren wurden, zu der „unbegrenzten und unkontrollierten Einwanderung“ hinzurechnen?

2. Die Bundesregierung wird den Anwerbestopp beibehalten.

Wer wollte den aufheben? Lediglich ein paar sehr kleinlauten Forderungen vom Gaststättengewerbe und bei verschiedenen Engpässen – z. B. in der Landwirtschaft in Erntezeiten – waren diesbezüglich zu vernehmen. Die in der Regierungserklärung getroffene Feststellung

kann nur ein Ziel haben: Der einheimischen Bevölkerung soll suggeriert werden, die Bundesregierung handele entschlossen gegen massive gegenläufige Tendenzen.

Meldepflicht für Kinder

3. Der Familiennachzug wird begrenzt.

Wie schon erwähnt, ist auch dieser Gedanke nicht sehr neu. Immerhin, da nun kein Innenminister Baum gegen ihn antreten wird, sind die Aussichten, ihn in die Tat umzusetzen, besser. Nur, es ist nach wie vor nicht sehr leicht, das Nachzugsalter der Kinder auf 6 Jahre zu reduzieren, weil eigens zu diesem Zwecke eine Meldepflicht eingeführt werden müßte für Kinder von 6 bis 16 Jahren „Deutschland als 1. Staat der Welt mit Kinderpaß“ – ist der treffende Kommentar von H. Becher, Rechtsanwalt und Referent im Kommissariat der deutschen Bischöfe.

4. Die Bundesrepublik wird darauf hinarbeiten, daß durch Assoziierungsabkommen keine weitere Einwanderungswelle ausgelöst wird.

Die Zielrichtung dieses Gedankens ist klar: 1986 tritt das Assoziierungsabkommen von 1963 zwischen der EG und der Türkei in Kraft. Die Türkei hat zu diesen Vorstellungen der ehemaligen Regierung schon signalisiert, daß sie keineswegs vorhat, eine Einschränkung der Freizügigkeit ohne weiteres zu akzeptieren. Die Türkei verlangt im Gegenteil die Aufhebung des Visumzwangs. Das Assoziierungsabkommen wird aber von seiten der Bundesrepublik schon jetzt verletzt, mindestens durch die Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsangehörige, da in dem Abkommen völkervertraglich multilateral vereinbart wurde, daß nur Maßnahmen in Richtung zur Herstellung der Freizügigkeit zwischenzeitlich getroffen werden dürfen und es ausdrücklich die Einführung neuer Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit verbietet.

Juristisch fragwürdig

5. „Jeder Mensch hat das Recht, in

seiner Heimat leben zu dürfen. ... Den Ausländern muß die Rückkehr erleichtert werden.“

Auch dieser Gedanke ist nicht neu, wenn auch der positiv formulierte Rechtsanspruch, der hier daraus gemacht wird, sehr verwirren muß: Durften die Ausländer denn bisher nicht zurück in ihre Heimat? Wer hat sie festgehalten? Innenminister Zimmermann (CSU) dolmetscht in einem Spiegel-Interview: „Dieser Satz soll ausdrücken, daß wir es lieber sähen, wenn möglichst viele von dem Recht Gebrauch machen, in ihre Heimat zurückzukehren, und dort eine auskömmliche Existenz haben mit dem Geld, das sie bei uns verdient haben.“

Kohl verlangt ausdrücklich von den Ausländern, daß sie sich entscheiden sollen, ob sie sich integrieren oder ob sie zurückkehren wollen. Informierten Kreisen ist hinlänglich bekannt, daß die Ausländer für solch eine Entscheidung keine Möglichkeiten haben; die Bundesrepublik ist, wie immer wieder betont wird, kein Einwanderungsland. Und die derzeitige Politik erweckt nicht den Anschein, als wolle man dem Ausländer klar und deutlich zubilligen, er kann hier bleiben, wenn er nur will. Noch ist es nämlich so, daß er abgeschoben werden kann und wird, wenn seine Wohnung für zu klein befunden wird, wenn er längere Zeit Sozialhilfe beziehen muß, wenn er straffällig geworden ist (z. B. einen Autounfall verschuldet hat) usw. Wer kann schon sicher sein, daß ihm derartiges nicht einmal passiert? Und was ist mit den „Rückkehrhilfen“? Ganz abgesehen davon, daß die Vorschläge – Kapitalisierung der Rentenansprüche (lediglich der vom Arbeitnehmer gezahlte Anteil wird ausge-

zahlt), Kapitalisierung von Arbeitslosengeldanspruch etc. – soziale Erregungseigenschaften, die über mehr als hundert Jahre erkämpft wurden, durch solche Vorschläge mehr als nur ausgehöhlt werden, ist gar nicht genug Kapital in den Kassen, um tatsächlich „verführende“ Anreize zu geben, also solche, die nennbar über den Umzugskosten liegen. Bisher liegt auch kein Entwurf über „Rückkehrhilfen“ vor, die juristisch nicht anfechtbar wären. So sehen einige Juristen voraus, daß zumindest die Reichsversicherungsordnung solchen Vorstellungen im Wege steht.

Abschreckung

6. Es soll alles getan werden, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern.

Auch diese Zielvorgabe ist nicht neu und hat inzwischen zu gesetzlich verankerten „Abschreckungsmaßnahmen“ geführt, die auch offiziell in dieser Funktion gehandelt werden: Sammellager, Ausgabe von möglichst nur noch Sachleistungen anstelle von Bargeld als Sozialhilfe, Verlängerung des Arbeitsverbots, Einschränkung des Rechtsweges für Antragsteller. Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP macht hier einen konkreten Vorschlag: „Die Asylbewerber erhalten für die Dauer des Asylverfahrens grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Für Asylbewerber aus osteuropäischen Ländern sind besondere Regelungen zu schaffen.“ Eine nennenswerte Verringerung der Ausländerzahlen ist jedoch auch durch noch weitergehende Abschreckungsmaßnahmen nicht zu erwarten: Zum einen sind Asylbewerber und Asyl-



lanzen prozentual kaum relevant für die Ausländerzahlen, zum anderen lassen sich eben durch diese Maßnahmen nicht die politischen Bedingungen in den Heimatländern der Asylbewerber verbessern, so daß die Asylanter sich nicht abschrecken lassen können, weil sie nur die Wahl haben zwischen den entwürdigenden Bedingungen in der Bundesrepublik oder den noch entwürdigenderen Bedingungen der Verfolgung in den Heimatländern.

Noch vor den Neuwahlen

Am „Dringlichkeitsthema“ Ausländer wird alles in allem also nichts geändert, lediglich wird die Praxis der letzten zwei Jahre konsequent fortgesetzt. Und doch ist zu befürchten, daß sich das Klima für die Ausländer in der Bundesrepublik noch erheblich verschlimmern wird.

Die Regierung Kohl hat durch die eingehende und eilige Befassung mit dem Thema zu erkennen gegeben, welchen Stellenwert sie der Ausländerpolitik in ihrer Strategie geben will. Ein deutlicher Hinweis wird auch in der Regierungserklärung geliefert: „Die Bundesregierung setzt zur Verwirklichung dieses Programms (gemeint ist das Ausländerprogramm – d. Red.) eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden ein, die ihre Vorschläge bis zum 1. März 1983 vorlegt.“

Man müßte schon blind und taub sein, um nicht zu merken, daß der Wähler der eigentliche Adressat der Ausländerpolitik ist.

Die wortgewaltigen Ankündigungen zur Reduzierung der Ausländerzahlen sollen beim Wähler, der über die Zusammenhänge von Arbeitskräftewanderung und Wirtschaftsaufschwung einerseits und über die tatsächlichen Ausmaße und Ursachen der weltweiten Kapitalkrise andererseits kaum informiert ist, die Hoffnung erwecken bzw. verstärken, daß in der Bundesrepublik das Problem gelöst werden kann, wenn man nur den Mut hat, auf ein kleines bißchen Humanität zu verzichten, wenn wir nur ein paar Ausländer weniger haben.

Kein ungefährliches Spiel

Auf eklatante Weise wird durch diese Taktik eine Grundhaltung nicht nur unterstützt, sondern auch aktiv gefördert, die einer Ausländerfeindlichkeit unübersehbaren Ausmaßes Vorschub leistet. Wenn immer und immer wieder von dem „zuviel“ an Ausländern gesprochen wird, dann ist es eine logische Schlußfolgerung, gegen dieses „zuviel“ etwas zu unternehmen. Ochsen, der Amokläufer von Nürnberg, rief den Passanten „beschwichtigend“ zu: „Ich schieße nur auf Türken“; ein Jugendlicher, der in Kassel Rohrbomben unter die Autos von Türken gelegt hatte, begründete seine Tat vor Gericht: „Es gibt in Kassel zu viele Ausländer.“

Es ist wirklich kein ungefährliches Spiel, was die Bundesregierung und auch viele Landes- und Kommunalpolitiker spielen, wenn sie mit ihren intellektuell mehr oder weniger verschleierte „Ausländer-raus“-

NPD mal ab – hervorgeraten, die geeignet sind, ausländerfeindliche Tendenzen zu unterstützen bzw. mit Formulierungen, für die lediglich das Prädikat „ausländerfeindlich“ zutreffend ist. Die folgenden paar Zitate sind recht wahllos zusammengestellt worden und könnten durch zahllose ähnliche ergänzt werden:

- „Es wird auch nicht die Tatsache berücksichtigt, daß bestimmte große Ausländergruppen wie die Türken, die Asiaten und die Afrikaner nicht integrierbar sind und auch nicht zwangsgermanisiert werden wollen.“ (Carl-Dieter Spranger, CSU, am 3. 2. 1982 in einer Bundestagsdebatte. Spranger ist heute Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium von Zimmermann.)
- „In den kommenden fünf Jahren soll erreicht werden, daß sich die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Auslän-



Parolen Wahlen gewinnen wollen. Wer garantiert übrigens, daß die Wähler, haben sie die Parole nur erst im Kern verstanden und akzeptiert, letztlich der NPD nicht doch mehr Vertrauen darin schenken, die Parole in die Tat umzusetzen?

1 Million weniger als Ziel

Immerhin aber haben sich die Politiker von CDU/CSU – vor allem in Wahlkämpfen – immer wieder mit Formulierungen gegenüber den anderen Parteien – sieht man von der

der um möglichst eine Million Personen verringert.“ (Aus einem Antrag der Fraktion der CDU im Hessischen Landtag, 24. 3. 1982.)

- „Ausländer, die weder eingliederungsfähig noch -willig sind und nur in der Bundesrepublik bleiben, um Geld zu verdienen, sollten nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in ihre Heimatländer zurückkehren.“ (FR, 16. 10. 1982, aufgrund eines Interviews mit Zimmermann im ZDF am 15. 10.)

● „Deutsche fühlen sich zuweilen bereits als Fremde, die sich in der Gefahr wähnen, nicht mehr nach eigenem Willen und eigener Identität leben zu können.“ (Heinrich Lummer, CDU, Innensenator von Berlin.)

Bedenkt man in Anbetracht solcher Äußerungen, wie wenig Spielraum die Politiker real tatsächlich haben, um das erklärte Ziel „Verringerung der Ausländerzahlen“ zu erreichen, läßt sich die Situation zynischerweise dadurch kennzeichnen, daß von den Politikern Versprechungen gemacht werden, die nicht eingelöst werden können, jedenfalls dann nicht, wenn man nicht bereit ist, etliche Gesetze und internationale Übereinkommen zu verletzen oder außer Kraft zu setzen. So betrachtet ist auch die erste Aktion der neuen Regierung in Sachen Ausländerpolitik, der schon erwähnte Kabinettsbeschluß zur Ausweitung der Visumpflicht für einige Nicht-EG-Staaten, lächerlich: Ausgenommen

bleiben wörtlich weiterhin die Staaten, für die zweiseitige Vereinbarungen bestehen (z. B. Spanien); für die Türkei besteht die Pflicht ohnehin schon seit Oktober 1980. Aber der schnelle Beschluß klingt in den Ohren der Öffentlichkeit nach entschlußfreudigem Handeln, und darauf kommt es der Regierung diesbezüglich eben an.

Die Kritik formieren

So wichtig es augenblicklich ist, schnell die Kritiker der geplanten Ausländerpolitik zu formieren, so gründlich sollten jetzt auch die Vorgehensweisen der Kritik diskutiert werden. Man machte es der Regierung zu leicht, wenn „nur“ humanitäre Entrüstung und christliche Appelle gegen die Ziele der Ausländerpolitik gestellt werden. Schließlich ist nicht einzusehen, warum gerade der Umgang mit Ausländern unter der Prämisse von Humanität stehen soll in einer Gesellschaft, die

die Humanität weder zur Voraussetzung noch zur Grundlage hat, in einer Gesellschaft, die Humanität allenfalls in einigen gesellschaftlichen Randphänomenen und dies auch nur in den fetten Jahren zuläßt.

Man sollte versuchen, die Politiker festzunageln: Sie sollen Farbe bekennen, wie sie die von ihnen aufgestellten Ziele verwirklichen wollen, ohne rechtsstaatliche Prinzipien aufzugeben. Man muß sie bezüglich jeder geplanten Maßnahme fragen, wie viele Ausländer in ihrer Existenz durch diese Maßnahme bedroht werden. Der vermeintlich so billige Erfolg auf dem Weg zur Wählerstimme wird erheblich gefährdet, wenn den Wählern deutlich wird, daß und welche Bestimmungen durch Maßnahmen umgangen werden, daß und welche Errungenschaften ausgehöhlt werden und eben nicht ohne Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung ausgehöhlt werden.

FIDEF zur Besetzung des Kölner Generalkonsulats

Die Nachricht über die Besetzung des Kölner Generalkonsulats der Türkei beherrschte alle Zeitungen und Rundfunk- bzw. Fernsehsendungen am 3./4. November. Die bundesdeutsche Presse, die ansonsten sehr spärlich über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei berichtet, hat dieser spektakulären Aktion von „Dev-Sol“ entgegen ihren bisherigen Gepflogenheiten großen Platz eingeräumt. Demgegenüber keine Zeile oder kein Wort über die internationale Konferenz „Nein zur Verfassung der Junta in der Türkei“ am 30./31. Oktober in Köln, an der sich be-

kannte Persönlichkeiten aus ganz Europa sowie die Vertreter von internationalen Organisationen und den Verbänden der türkischen und kurdischen Arbeiter beteiligten. Die rechte türkische Presse versuchte sogar – wie in der Tageszeitung „Tercüman“ vom 4. November 1982 – diese Aktion bewußt dazu zu nehmen, den demokratischen Widerstand der Anti-Junta-Kräfte und ihre wachsende Aktionseinheit in Mißkredit zu bringen: Überschrift in „Tercüman“: „Die Separatisten haben die ganze letzte Woche Haß gesät und sind diese Woche zu Bluttaten überge-

gangen.“ Auch General Evren, der die Gegner der Verfassung stets als Terroristen bezeichnete, ging in seinen Reden in der Türkei auf diese Aktion ein und rief die Bevölkerung demagogisch auf, sich nicht vor die Karren der „Terroristen“ spannen zu lassen, indem sie die Verfassung ablehnt. FIDEF ist der Auffassung, daß solche Aktivitäten der Sache der demokratischen Kräfte großen Schaden zufügt und der Kampf um die Errichtung der Demokratie in der Türkei mit demokratischen Mitteln geführt werden muß.





Halk'a ve olaylara

Tercüman

KATTEFİYALAR	
Almanya	1,20 Dm.
Avusturya	1,20 Dm.
Avusturya	1,20 Dm.
Belçika	1,20 Dm.
Danimarka	1,20 Dm.
Fransa	1,20 Dm.
İngiltere	1,20 Dm.
İspanya	1,20 Dm.
İtalya	1,20 Dm.
Yeni Zelanda	1,20 Dm.



ADRES: 6078 NEU-ISENBURG TEL: 0611-803031 HER SABAH DUNYA YENİDEN KURULUR HER SABAH TAZI İPİ BASILANCIĞI 4 NOVEMBER 1982/44 DÖNNERSTAG 762205703A



● Bölücüler geçen hafta boyunca kin kustu, bu hafta da kanlı eyleme geçtiler

Köln

Başkonsolosluğumuz basıldı!

● İlk tesbitlere göre, sayıları 13 civarında olan baskıncılar, yaralanan rehinelere bazıları serbest bıraktılar ve polisle pazarlığa başladılar

HAINLER ALMANYA'DA TÜRKİYE ALEYHİNE TOPLANTI DÜZENLEDİ

● Kocak Behice Boran'ın önyak cıdığını toplantıya yabancılara ille-tirin aşırı sözcü teklifleri mensupları da katıldı.

Boran AKINÇILAR

KÖLN, (Akkad) - Köln'de yarı yılın 121. baskın sonucu kaçakları tutmuş bir baskınlar birliği de 1000 yabancı ve 1000 Türk vatandaşını toplanarak bir toplantı düzenledi.

Türk-Föderation: Zusammenhang



Italienische Staatsanwaltschaft auf neuen Spuren

Die Untersuchungen von seiten der italienischen Staatsanwaltschaft im Fall M. A. Agca, des berüchtigten Papst-Attentäters, werden immer interessanter.

Ömer Ay, Mehmet Sener, Oral Celik, Bekir Celenk, Hasan Taskin und jetzt Musa Serdar Celebi. Alles Namen, die mit dem Papst-Attentat und mit Agca zusammenhängen. Aber auch alles Namen, die schon in höheren Funktionen der faschistischen MHP und idealistischen Vereine waren. Dies sind Namen, die mit Mord und Terroraktionen in der Türkei und im Ausland verknüpft sind. Aber was noch interessanter erscheint ist, daß diese Namen schon alle einmal in der Bundesrepublik aufgetaucht sind.

Vorsitzender der Türk-Föderation festgenommen

Der letztere, Musa Serdar Celebi, Mitglied der faschistischen „Türk-Föderation“ in Frankfurt, Funk-

tion: Vorsitzender! Musa Serdar Celebi, der seit Jahren in der Bundesrepublik lebt und einer der höchsten Funktionäre der „Türk-Föderation“ ist, wurde am 3. November 1982 mit fünf weiteren faschistischen Terroristen in Frankfurt festgenommen.

Folgendes stand in den Türkei-Informationen April/Mai 1981: „Die Untersuchungsergebnisse über die MHP, die bisher an die Öffentlichkeit gelangten, sind äußerst aufschlußreich. Wir beginnen in diesem Heft mit ihrer auszugsweisen Veröffentlichung. Sie beinhalten auch Dokumente, die die Aktivitäten und Verbindungen der türkischen Faschisten in der BRD beleuchten. Wie die Presse berichtet, sind auch mehrere führende „graue Wölfe“, die sich in der BRD befinden, unter den Angeklagten. Die bekanntesten von ihnen sind Serdar Çelebi (Vorsitzender der Türk-Föderation), Ali Batman (zweiter Vorsitzender der Türk-Föderation) und Enver Altaylı (ehemaliger Hauptinspektor der MHP-Organisation in der BRD). Da diese sich den Behörden in der Türkei nicht gestellt haben, wurden ihre Akten von den Hauptverfahren abgetrennt. Doch bereits die Veröffentlichungen über die terroristische Aktivität der MHP genügen voll und ganz, um die Dringlichkeit des

umgehenden Verbots der Türk-Föderation und der Ausweisung ihrer verantwortlichen Funktionäre zu unterstreichen.“

Die Festnahme erfolgte auf das Verlangen der italienischen Staatsanwaltschaft. Die italienische Staatsanwaltschaft gab bekannt, daß sie genügend Beweise habe, daß Musa Serdar Celebi im Falle des Papst-Attentates mit Agca zusammengearbeitet habe.

Am 18. November verhörte der italienische Staatsanwalt Martella Musa Serdar Celebi und verlangte von der Bundesrepublik die Auslieferung des Vorsitzenden der „Türk-Föderation“ nach Italien.

Von Faschisten in Europa geplant

Die italienische Tageszeitung „Corriere della Sera“ berichtete am 7. November, daß das Papst-Attentat von den Idealistenvereinen in Europa geplant wurde. Ebenfalls nach Aussagen der Zeitung, haben kurz vor dem Attentat drei Personen auf

italyan Savcı Çelebi'yi sorgu için Frankfurt

- Federal Alman polisi, „Ülkücü Türk Federasyonu Başkanı Musa Serdar Çelebi'nin beş teröristle birlikte yakalandığını“ açıkladı

Cevdet Menteş: «DGM tasarısı en kısa sürede Danışma Meclisi'ne sunulacak»

AN...
Yeni Anayasa'ya paralel olarak yargı alanının yapılacağını bildiren Adalet Bakanı Cevdet Menteş, Güvenlik Mahkemeleri yasa tasarısının da Anayasa düzenlemelerine göre hazırlandığını ve en kısa sürede Meclis'e sunulacağını söyledi.

DGM'nin kuruluş amacı, görevleri, kurumu ve görevleri de belirtildiği...

mit Papst-Attentat

dem Petersplatz das Attentat sehr präzise geplant und Agca dies ausgeführt.

3 Mill. Mark für Tötung des Papstes

Außerdem hat die italienische Staatsanwaltschaft für weitere drei faschistische Terroristen Haftbefehle erlassen. Die Namen wurden noch nicht bekanntgegeben. Des Weiteren ist die italienische Staatsanwaltschaft einer Person auf der Spur, die sich als Ölkaufmann ausgibt und einen österreichischen Paß trägt. Diese Person soll eng in Verbindung mit Bekir Celenk stehen. Bekir Celenk, der ebenfalls von Interpol gesucht wird, ist derjenige – nach Agcas eigener Aussage – der Agca 3 Mill. Mark für die Tötung des Papstes angeboten hat.

Über die Verbindungen zwischen dem Ömer Ay und M. A. Agca wurde ausführlich in den vorhergehenden Türkei-Informationen berichtet. Ömer Ay, der ebenfalls für mehrere Morde in der Türkei verantwortlich ist und höhere Funk-

tionen bei den Idealisten-Vereinen hatte, wurde zufällig in Hamburg gefaßt. Ömer Ay hatte Agca gefälschte Pässe für das Papst-Attentat besorgt. Er soll während des Attentates in Italien dabeigewesen sein. Ömer Ay wurde vor kurzem in die Türkei ausgeliefert.

Wieder ein Vorstandsmitglied

Hasan Taskin, der ebenfalls Mitglied des Vorstandes der faschistischen „Türk-Föderation“ ist hatte kurz vor dem Attentat mit Agca telefoniert. So die Türkei-Informationen von August/September 1981: „Nach den Ermittlungen der italienischen Polizei soll Hasan Taskin, Mitglied des Vorstandes der ‚Türk-Föderation‘, von Hannover aus wenige Tage vor dem Attentat M. A. Agca angerufen haben. Die niedersächsischen Sicherheitsorgane bekannten jedoch, daß die Suche nach dem mußmaßlichen Terroristen-Komplicen Taskin erfolglos verlaufen sei. Wäre zu fragen, ob und wie intensiv überhaupt versucht wurde, seiner habhaft zu werden.“ Obwohl die Behörden am Anfang bestritten hatten, daß Agca sich in der Bundesrepublik aufhält, gaben sie jetzt bekannt, daß Agca in der Zeit, in der er in der Bundesrepublik war, ein paarmal seinen Onkel in Langen bei Frankfurt besucht habe.

Eine weitere interessante Figur ist Oral Celik. Oral Celik ist derjenige, der beim Mord an dem Journalisten Abdi Ipekci – der ja auch von M. A. Agca ausgeführt wurde – bei Agcas Flucht aus dem Gefängnis die Hauptrolle gespielt hatte. Oral Celik ist einer der führenden MHP-Funktionäre in Malatya gewesen und war an mehreren Morden beteiligt. Nach Agcas Aussage hat er Oral Celik mehrere Male in der Schweiz, in Österreich und in Italien getroffen. Oral Celik besorgte in Österreich mit zwei anderen Faschisten aus der Bundesrepublik die Waffen von einem Neonazi namens Horst Grillmeier für das Papst-Attentat. Die Waffen waren vor dem



Oral Çelik

Attentat beim Idealisten-Verein in Olten versteckt. Über die Person Grillmeier berichteten die Türkei-Informationen August/September 1981: „Einige Worte über die Person dieses Horst Grillmeiers: Nach Angaben der österreichischen Sicherheitsorgane hat er eine neo-nazistische Vergangenheit und pflegt Beziehungen zu den Neo-Nazi-Kreisen. Er spricht Türkisch und reist des öfteren in die Türkei und in Nahost-Länder. Grillmeier soll wiederum nach offiziellen Angaben in den Waffenschmuggel verwickelt worden sein. Es scheint mehr als wahrscheinlich zu sein, daß Agca bereits in der Türkei diesen Grillmeier kannte, der seiner Organisation nicht unbekannt sein dürfte. Unerklärlich ist, warum die italienische Staatsanwaltschaft die Ermittlungen über die Herkunft der Tatwaffe so rasch abgeschlossen hat.“

Öfters darauf aufmerksam gemacht

Es ist begrüßenswert, daß Musa Serdar Celebi, Vorsitzender der „Türk-Föderation“, jetzt auf das Verlangen der italienischen Staatsanwaltschaft hin festgenommen wurde. Merkwürdig ist jedoch, daß er und mehrere andere seit geraumer Zeit auf freiem Fuß in der Bundesrepublik sind und sogar höhere Funktionen der faschistischen Organisationen ausfüllen. Schon öfters hat FIDEF die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß sich in der Bundesrepublik faschistische Mörder frei bewegen und daß im Vorstand der „Türk-Föderation“, auch unter den Mitgliedern, bekannte Faschisten und Gewalttäter aus der Türkei sind.

**Martella,
suya çekmek
t'a geliyor**

ROMA, AP
APA suikasti soruşturmasını yürüten Roma
Adliyesi Sorgu Yargıcı Ilario Martella'nın
önlümlüdeki günlerde Frankfurt'a giderek,
en hafta Batı Almanya'da vakalanah ülkücü Musa
Serdar Celebi'yi sorguya çekeceği
açıkladı. Savcı Martella'nın
Frankfurt'ta Celebi'nin Agca ile
ilişkisini inceleyeceği ve Agca'nın
suikast sırasında yalnız olup
olmadığını saptamaya çalışacağı
bildiriliyor.
İtalyan Adliye Bakanlığı
konuyla ilgili açıklamasında
Musa Serdar Celebi'nin İtalya'ya
getirilmesi için ellerinde
yeterli derecede delil bulunduğu
belirtili. Ancak ülkücü Celebi'nin
İtalya'ya getirilmesi için
gerekli olan işlemlerin uzun zaman
alabileceği ve konunun ivediliği
nedeniyle savcı Martella'nın
Frankfurt'a gitmesi bildirildi.

**Yasa
de
lacak**

**KARA, ANKA
düzenlemeler
Mentes. Devlet
yasa da yer alan
sürede Danışma
uş ve atamalara
söyleyen, Men-**

Frage der Generosität

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ so heißt es einfach und klar in Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG der Verfassung der Bundesrepublik.

In den Beratungen des parlamentarischen Rates (Hauptausschuß) waren sich die Verfassungsgeber über folgendes einig: „Wenn man eine Einschränkung vornimmt, etwa so, Asylrecht ja aber soweit der Mann uns politisch nahesteht oder sympathisch ist, so nimmt das zu viel weg.“ Nicht nur war man sich jedoch darüber einig, daß das Asylrecht unbedingt, ohne Bedingungen und Auflagen zu gewähren sei, sondern darüber hinaus dem politisch Verfolgten auch die Möglichkeit gegeben werden sollte, in der Bundesrepublik einer Arbeit nachzugehen. Die Erfahrung mit dem deutschen Faschismus hatten die Väter des Grundgesetzes bewogen, das Asylrecht mit Verfassungsrang auszustatten und sich für ein uneingeschränktes Recht auf Asyl auszusprechen.

Trotz der voraussetzungslosen Gewährung von Asylrecht an politisch Verfolgte urteilte das Bundesverwaltungsgericht bereits 1957: „Nicht jede Verfolgung wegen politischer Überzeugung rechtfertigt im übrigen den Asylanspruch nach Artikel 16 GG...“ Hat der Asylsuchende im Ausland ein Verhalten an den Tag gelegt, das die freiheitlich-demokratische Ordnung gefährdet und daß er aus diesem Grund strafrechtlich verfolgt wird, so kann ihm nach dem Sinn des Artikel 16 GG ein Anspruch auf Asyl nicht zustehen (BVerwGE 4,242).

Die Handhabung und Praxis des Asylrechts war denn auch in den folgenden Jahren dadurch gekennzeichnet, daß das Asylrecht rigoros eingeschränkt wurde. Dies betraf allerdings nicht Flüchtlinge aus sozialistischen Ländern, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart ohne weiteres aufgenommen

werden und die keine Ausweisung zu befürchten haben. Flüchtlinge dagegen aus Diktaturen und Militärregimes, mit denen die Bundesrepublik gute Beziehungen pflegt, mußten und müssen damit rechnen, daß sie als politisch Verfolgte nicht anerkannt und in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. So wurden in den Jahren von 1953 bis 1967 von spanischen Asylsuchenden keiner in der Bundesrepublik als politisch Verfolgter anerkannt.

Irreführende Terminologie

In der letzten Zeit nun hat sich die Lage der Asylsuchenden in der Bundesrepublik durch gesetzliche und administrative Maßnahmen sowie durch die Rechtsprechung weiter verschlechtert. In diesem Zusammenhang sei nur darauf verwiesen, daß das Wort Bewerber auf Asylsuchende mehr als irreführend ist. Es handelt sich um politisch Verfolgte, die eine Zuflucht suchen.

Nachdem schon durch die lange Verfahrensdauer das Recht der politisch Verfolgten und ihre Rechtsstellung verkürzt wurde, hat man den Asylsuchenden seit 1981 auch verwehrt in der Bundesrepublik einer Arbeit nachzugehen. Nachdem man sie so ausnahmslos zu Sozialhilfeempfängern gestempelt hatte, hat man die Mittel, die man ihnen zuteil werden läßt, bundesdurchschnittlich noch um etwa 20 Prozent gekürzt. Das heißt, daß nicht mehr der normale Sozialhilfesatz ausgekehrt wird, sondern nurmehr ein um 20 Prozent gekürzter. Das Bundessozialhilfegesetz ist mit Wirkung vom Januar 1982 dahingehend geändert worden, daß nunmehr auch Hilfesuchende, denen eine Arbeitserlaubnis nicht erteilt werden kann, zu sogenannter GZ-Arbeit, das heißt gemeinnütziger- und zusätzlicher Arbeit herangezogen werden können. Es ist zwar in der Rechtsprechung umstritten, ob Asylsuchende zu solchen Arbeiten herangezogen werden dürfen, tatsächlich werden sie jedoch zu solchen Arbeiten her-

angezogen und im Falle, daß sie der Aufforderung nicht nachkommen, mit einer weiteren Kürzung ihres Lebensunterhalts bestraft. Wenn sie jedoch der Aufforderung zur zusätzlichen Arbeit nachkommen, so müssen sie vollschichtig, das heißt acht Stunden pro Tag, in den Grünflächenämtern der Städte und Gemeinden Arbeit leisten und erhalten hierfür einen Stundenlohn von 1,- DM (so z. B. in Duisburg).

Folterpraxis kein Asylgrund

Durch das Asylverfahrensgesetz vom 16. Juli 1982 wurde der Umfang des rechtlichen Gehörs eingeschränkt, der grundsätzliche Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften angeordnet, insgesamt die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten des politisch Verfolgten seinen Anspruch auf Gewährung von Asyl wahrzunehmen eingeschränkt.

Hinzu kommt die Praxis von einigen Obergerichten, die so weit geht, zum Beispiel politisch Verfolgten aus der Türkei vorzuhalten, daß die Bestrafung aufgrund der türkischen Staatsschutzstrafbestimmungen keine politische Verfolgung sei und weiterhin die Folter in türkischen Gefängnissen kein Anlaß für die Anerkennung als Asylberechtigter sei (Entscheidungen des VG Baden-Württemberg vom 3. 6. und 27. 5. 1982).

Angesichts dieser tatsächlichen und rechtlichen Situation von politisch Verfolgten in der Bundesrepublik erscheint das Wort des Richters Fritz Franz vom „Verfall des Asylrechts“ noch positiv verfälschend.

Zuletzt zur Besinnung noch ein Wort des Vorsitzenden des Hauptausschusses im parlamentarischen Rat in der Sitzung vom 4. 12. 1948: „Die Asylrechtsgewährung ist immer eine Frage der Generosität, und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben. Das ist die andere Seite davon und darin liegt vielleicht auch die Würde eines solchen Aktes“.

Internationale Konferenz in Köln „Nein zur Verfassung der Junta in der Türkei“



Vom 30. bis 31. Oktober 1982 fand in Köln eine internationale Konferenz „Nein zur Verfassung der Junta in der Türkei“ statt. Zu der Konferenz, die von der Mehrheit der Organisationen der Türken und Kurden im Ausland sowie von den unterschiedlichen politischen Organisationen der Türkei gemeinsam vorbereitet wurde, hatte Dr. Behice Boran, Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, als Älteste der Exildemokraten aufgerufen.

Die Konferenz fand die Unterstützung bekannter demokratischer Persönlichkeiten und Organisationen aus ganz Europa.

Unterstützung aus ganz Europa

Stellvertretend für sie seien nur einige genannt:

Henri Alleg, französischer Schriftsteller; Amar Bentouni, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen, ehem. algerischer Justizminister;

Raymond Goor, Präsident des internationalen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; Prof. François Rigaux, Vizepräsident der Internationalen Liga zum Schutz der Menschenrechte; Martin Hirsch, Bundesverfassungsrichter a.D., Vorsitzender der ASJ; Prof. Gerhard Stuby, Vorstandsmitglied der VDJ; Sved Carlsen, Vorsitzender der dänischen Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden; Lasse Budtz, Präsident der dänischen Delegation im Europarat; Heikki Timonen, Auslandssekretär der finnischen Metallgewerkschaft; die Rechtsanwälte Roland und Monique Weyl; Mikis Theodorakis, Abgeordneter der KPG und Komponist; Jannis Ritsos, Dichter; Lady Flemming, Mitglied des Europarats; Alan Brown, Trade Union Congress – TUC; Tony Gilbert, Generalsekretär der Liberation; Van den Heuvel, stellvertr. Vorsitzender der sozialistischen Gruppe im Europaparlament; Nico Schouten, Generalsekretär des niederländischen Komitees „Stoppt die Neutronenbombe und Nuklearwaffen“; Tito de Morais, stellvertr. Präsident des portugiesischen Parlaments, Lars Ardelius, Vorsitzender des

Schriftstellerverbandes Schwedens...

Auch die demokratischen Organisationen und Parteien aus Griechenland beteiligten sich mit großem Engagement an der Konferenz. Sie hatten zuvor eine breit angelegte Kampagne in Griechenland gegen die Verfassung der Junta in der Türkei durchgeführt.

Während von fast allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa Grußbotschaften und Solidaritätserklärungen eintrafen – die Konferenz wartete auf ein Grußwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vergebens. Sie wurde jedoch von mehreren sozialdemokratischen Funktionsträgern, wie z.B. Klaus Thüsing, MdB, unterstützt.

Wichtige Schritte für das gemeinsame Handeln

Alle relevanten demokratischen Organisationen der Türken und Kurden in Europa beteiligten sich jeweils mit einer Delegation aktiv an der Konferenz:

BIRKOM – (Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland) bestehend aus: BIRLIK YOLU, CEPHE, DEVRIMCI ISCI, DEVRIMCI SAVAS, EMEKCI, ISCININ SESI, KIVILCIM, SERXWEBUN.

DDKD – (Progressiv-Demokratische Kulturvereine)

DIB-AK – (Einheit für Demokratie in der Türkei – Europakomitee)

FIDEF – (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik)

GERCEK – Europa-Solidaritätskomitee

HDF – (Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa)

KKDK – (Progressiv-Demokratische Arbeitervereine Kurdistans)

KOMKAR – (Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der Bundesrepublik)

KURTULUS –
MALA GELE KURD – (Kurdische Volkshäuser)

Grußansprachen hielten bzw. Grußbotschaften sandten auch politische Parteien und Organisationen wie die KP der Türkei, die Arbeiterpartei der Türkei, die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei, die kurdischen Progressiv-Demokraten. Auch die Künstler aus der Türkei, die im Ausland leben, erklärten sich mit der Konferenz solidarisch, darunter bekannte Namen wie Mehmet Aksoy, Melike Demirag, Yilmaz Güney und Hanefi Yeter.

Konkrete Ziele im Kampf gegen die Junta

Die Konferenz war hinsichtlich der Aktionseinheit der demokratischen Kräfte der Türkei ein weiterer, erfolgreicher Schritt, da es nach gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen in Duisburg und Frankfurt zum ersten Mal gelang, eine gemeinsame Veranstaltung unter einem zentralen Motto durchzuführen. Auf der Konferenz wurde nicht nur die Verfassung der Junta in der Türkei einhellig verurteilt, sondern auch konkrete Ziele im weiteren Kampf gegen die Militärdiktatur aufgezeigt, so z. B. der Kampf gegen die Einbeziehung der Türkei in die aggressive Nahost-Strategie der USA sowie die Stationierung der „Schnellen Eingreiftruppen“ und der neuen Kampfflugzeuge und Atomraketen der USA und der NATO in der Türkei.

Nicht zuletzt in der Frage der weltweiten Isolierung der Junta in der demokratischen Öffentlichkeit war die Konferenz ein großer Erfolg. Trotz ihrer unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Auffassungen einigten sich die europäischen Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale über die Notwendigkeit der Unterstützung des demokratischen Widerstandes gegen das Militärregime in der Türkei.

Die Konferenz ging mit der nebenstehenden einstimmigen Erklärung der Delegierten und Gäste zu Ende ●

Erklärung einstimmig verabschiedet: Den Kampf für Demokratie fortsetzen!

Am 30./31. Oktober 1982 wurde in Köln eine internationale Konferenz „Nein zur Verfassung der Junta in der Türkei“ gehalten.

Alle Delegierten, die an der Konferenz teilnahmen, verurteilten die von der türkischen Militärjunta vorbereitete Verfassung, über die in der Türkei am 7. November 1982 ein Referendum stattfinden wird, als ein Dokument, das die Menschenrechte und Freiheiten mißachtet. Die an der Konferenz teilnehmenden Delegierten verschiedener politischer Überzeugungen und Nationalitäten charakterisierten in ihren Redebeiträgen und Grußadressen einstimmig die Verfassung der Junta als einen Angriff auf den Frieden, die demokratischen Freiheiten und wirtschaftlichen und sozialen Rechte der arbeitenden Menschen.

Die Delegierten riefen alle Bürger der Türkei zum „Nein zur Verfassung der Junta“ auf. Sie riefen die Menschen aus anderen Ländern Europas und der Welt auf, ihre Anstrengungen hinsichtlich der Solidarität mit den

demokratischen Kräften der Türkei zu verstärken.

Alle Delegierten betonten ihre volle Solidarität mit den über viertausend von der Todesstrafe betroffenen, Zehntausenden antifaschistischen Inhaftierten, mit allen fortschrittlichen Parteien und ihren Mitgliedern, sowie den eingekerkerten und ins Exil getriebenen Mitgliedern von DISK, TÖB-DER, Friedenskomitee der Türkei, demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Delegierten begrüßten zahlreiche Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler und Künstler aus verschiedenen Ländern, die die Konferenz unterstützten und Grußbotschaften sandten.

Sie erzielten Übereinstimmung über die Entwicklung und Realisierung der Solidarität und des einheitlichen Handelns, sowohl in der Türkei als auch auf internationaler Ebene, wie es auf dieser Konferenz zur Sprache gebracht und konkretisiert wurde.



Allan Brown bei der internationalen Konferenz.

Anschlag auf den Türkischen Arbeiterverein in Gelsenkirchen

Am 11. November 1982 wurde auf den Türkischen Arbeiterverein in Gelsenkirchen, Mitglied der FIDEF, ein Brandanschlag verübt.

Die mutmaßlichen Brandstifter haben zwischen 5 und 6 Uhr früh die Fensterscheiben des Vereins kaputtgeschlagen und in den Räumen des Vereins den Brand gelegt.

Eine Woche vor dem Anschlag hatten sie auf die Fenster des Vereins Hakenkreuze geschmiert und Nazi-

parolen geschrieben. Dies passierte auch auf den Vitrinen und Fenstern der ausländischen Lebensmittelgeschäfte und Reisebüros.

Der Türkische Arbeiterverein protestierte entschieden gegen diese Einschüchterungsversuche der Neonazis und veranstaltete eine Pressekonferenz, an der der Vorsitzende des DGB, ein Vertreter der SPD, ein Vertreter der AWO und der Vorsitzende der FIDEF teilnahmen.

Pressekonferenz der FIDEF

Der FIDEF-Bundesvorstand gab anlässlich der Abstimmung über die Verfassung der Junta am 10. November 1982 in Bonn eine Pressekonferenz. Zahlreiche Fakten und Informationen über die Unterdrückung der Opposition im Vorfeld der „Volksabstimmung“ sowie über die massiven Wahlmanipulationen. Betont wurde, daß im Gegensatz zu gewohnten Regeln in der Türkei eine offene Abstimmung und geheime Auszählung praktiziert wurde.

Auf der Pressekonferenz nahm der Bundesvorstand der FIDEF auch

Stellung über die jüngste Besetzung des Kölner Generalkonsulats und zur Verhaftung des Vorsitzenden der „Türk-Föderation“, Musa Serdar Celebi, im Zusammenhang mit dem Attentat gegen den Papst Johannes Paul II. Der Pressesprecher der FIDEF kritisierte die Haltung der Sicherheitsbehörden und der Regierungsstellen, daß in der Vergangenheit nicht gegen die „Türk-Föderation“ vorgegangen worden ist, obwohl von FIDEF und anderen fortschrittlichen Organisationen genug Fakten vorgelegt worden waren.

FIDEF unterstützte DGB-Aktionen

Am 23. Oktober 1982 fanden in Dortmund, Frankfurt und Nürnberg die größten DGB-Kundgebungen der Nachkriegsgeschichte statt. Deutsche und ausländische Arbeiter brachten in diesen Aktionen ihre Entschlossenheit, sich gegen die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Aufrüstung und Ausländerfeindlichkeit zu wehren. Auch FIDEF beteiligte sich aktiv an den Demonstrationen und Kundgebungen

des DGB. Nachstehend veröffentlichen wir das Flugblatt, mit dem der FIDEF-Bundesvorstand die DGB-Aktionen begrüßte:

FIDEF begrüßt die vom DGB aufgerufenen Protestaktionen gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze und den Abbau sozialer Rechte und erklärt ihre volle Unterstützung.

Wir, die ausländischen Arbeiter und Jugendlichen, glauben fest dar-

an, daß das gemeinsame Handeln einheimischer und ausländischer Werktätigen zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen von großer Notwendigkeit ist.

Weder die einheimischen noch die ausländischen Arbeiter tragen für die Massenarbeitslosigkeit die Verantwortung. Die Hauptverantwortlichen der Arbeitsplatzvernichtung sind die multinationalen Konzerne, vor allem aber die Monopole der Waffenindustrie, die durch ihre Profitinteressen für die Entstehung immer größerer weltweiten Spannungen sorgen. Durch Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe wird die Beschaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Die Last der Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe wird die Beschaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Die Last der Rüstungsausgaben soll durch Kürzungen im sozialen Bereich und durch Verschlechterung der Lebensbedingungen von den Werktätigen getragen werden.

Während in der BRD immer mehr Werke die Tore schließen, zehntausende Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, erzielen die multinationalen Konzerne durch Kapitaltransport in die Länder, in denen Arbeitskräfte billig und Arbeiterbewegung schwach sind und durch die Arbeitsplatzrationalisierung im eigenen Land immer größere Gewinne.

Nicht die einheimischen und ausländischen Werktätigen, Jugendlichen oder Rentner, sondern die, die eine konzernorientierte Wirtschaftspolitik betreiben, müssen die Folgen der Krise tragen.

Wir verurteilen auch die Versuche, die ausländischen Arbeiter als die Verantwortlichen der Krise hinzustellen. Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um den gemeinsamen Kampf der Arbeiter zu verstärken. Wir müssen unsere sozialen Rechte und Arbeitsplätze verteidigen und uns gegen die vom Kapital künstlich gesteuerte und immer stärker um sich greifende Ausländerfeindlichkeit wehren.

FIDEF unterstützt mit Nachdruck die DGB-Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch z.B. Bereitstellung von 50 Mrd. DM zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogrammes und die Einführung der 35-Std.-Woche.



Verständigung durch Begegnungen

Seit dem 2. November 1982 besteht in Recklinghausen eine Initiative gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Die Initiative ging vom Türkischen Arbeiterverein Recklinghausen aus.

Zweck dieser Initiative ist es, daß sich die deutschen und ausländischen Bürger näher kennenlernen und gegenseitiges Verständnis aufbringen. Über diese erfolgreich laufende Kampagne gegen die Ausländerfeindlichkeit und für ein gemeinsames Zusammenleben, haben wir uns an Ort und Stelle erkundigt.

Interview mit Ömer Türk, Vorsitzender des Türkischen Arbeitervereins in Recklinghausen RE-TID.

Türkei-Informationen: Am 2. Oktober 1982 haben Sie in Recklinghausen eine Kampagne gegen die Ausländerfeindlichkeit begonnen. Wie ist diese Initiative zustande gekommen?

Türk: Wir haben am 2. Oktober 1982 mit einer Versammlung diese Initiative gegen die Ausländerfeindlichkeit ergriffen und sind mit 300 Familien aus der Türkei in Kontakt getreten. Wir und die Familien waren uns einig, daß man sich jetzt stark gegen die Ausländerfeindlichkeit zur Wehr setzen muß, die wir ja tagtäglich am Arbeitsplatz, zu Hause und auf der Straße erleben.

Türkei-Informationen: Können Sie uns Ihre Arbeit in dieser Kampagne schildern und wie würden Sie die Reaktionen darauf zu diesem Zeitpunkt abschätzen?

Türk: Wie gesagt, sie laden deutsche Familien zu sich ein. Dabei ist wichtig, daß es Familien sind, die sich vorher nicht kennen, bzw. mit denen bisher noch kein näherer Kontakt vorhanden war. Dazu gehören auch diejenigen, die man vom Arbeitsplatz als Kollegen kennt oder die in der Nachbarschaft woh-

nen. Die Familien machen an diesen Abenden Spezialitäten aus ihrer Heimat. Es wird festlich zusammen gegessen und gemeinsam mit deutschen Familien über verschiedene Probleme diskutiert.

Türkei-Informationen: Was waren Ihre Beweggründe als Sie diese Kampagne jetzt zu dieser Zeit angefangen haben?

Türk: Zur Zeit hat die kapitalistische Krise und ihr Produkt, die Arbeitslosigkeit enorme Dimensionen in der Bundesrepublik, in der wir ja leben und arbeiten, erreicht. Man versucht jetzt jemanden für diese Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen und dies wird auch von einigen Politikern geschürt. Parallel dazu hat auch die in erster Linie von der faschistischen NPD und auch

von einigen Politikern anderer Parteien geschürte Ausländerfeindlichkeit enorme Dimensionen angenommen.

Man liest in der Presse dauernd irgendwelche Horrormeldungen gegen die ausländische Bevölkerung oder solche Meldungen wie „der Großteil der Deutschen will die Ausländer nicht haben“. Wir glauben nicht, daß die Ursachen der Ausländerfeindlichkeit beim deutschen Volk liegt.

Deswegen haben wir jetzt zu diesem Zeitpunkt die Kampagne angefangen, die Presse hat sich bereits für uns interessiert und, wie gesagt, mit dieser Initiative wollen wir ein Stück dazu beitragen, daß die Vorurteile abgebaut und die Ausländerfeindlichkeit abgeschafft wird. ●

Gespräch mit Initiatoren: „Demnächst will ich meine Nachbarn einladen“

Salih Aksoy, seit 1971 in Recklinghausen, arbeitet beim Schacht „Ewald“.

Türkei-Informationen: Wie viele Familien haben Sie bis jetzt eingeladen?

Türkei-Informationen: Sie machen in dieser Initiative von Anfang an mit. Wie ist Ihre Meinung zu dieser Kampagne?

Aksoy: Ich finde, daß diese Kampagne genau in der richtigen Zeit stattfindet.

Dauernd erleben wir auf der Straße solche Beschimpfungen wie „Türke, geh zu deinem Dorf“ usw. Wir müssen etwas tun, damit die deutschen Kollegen auch sehen, daß wir genauso Menschen sind wie sie und nicht da sind, um ihnen ihre Arbeitsplätze zu klauen.

Aksoy: Ich hatte den Hermann am Arbeitsplatz mit seiner Frau zu uns eingeladen, und sie sind gekommen. Meine Frau hatte Kuchen gebacken, der uns allen sehr gut schmeckte, und es gab reichlich Tee und Kaffee. Sie sagten auch, daß sie früher uns gegenüber mißtrauisch waren, daß dies aber in letzter Zeit abgebaut ist. Wir haben sie auch gefragt, was sie über Ausländerfeindlichkeit denken. Daraufhin stellten sie uns eine Gegenfrage: „Sind wir denn Feinde miteinander?“

Jedoch habe ich auch mit anderen deutschen Familien Verbindungen aufgenommen, des weiteren will ich demnächst auch meine Nachbarn einladen.

Kongreß „Zukunft der Arbeit“ in Bielefeld

Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Ausländerfeindlichkeit

Vom 8. bis 10. Oktober fand ein Kongreß „Zukunft der Arbeit“ statt, zu dem die Grünen und die Alternativen aufgerufen haben. Der Kongreß wurde als ein erster gemeinsamer Schritt, über die Fragen der Massenarbeitslosigkeit, des Sozialabbaus zu diskutieren und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen sowie über gemeinsame Aktionen zu beraten, von demokratischen Parteien und Organisationen begrüßt. Neben vielen anderen Organisationen beteiligte sich auch FIDEF aktiv als Unterstützer an den Vorbereitungen und der Durchführung des Kongresses. Sie nahm mit einer Delegation des Bundesvorstandes an der Tagung teil. Die Arbeitsgruppe Ausländer gestaltete FIDEF zusammen mit Vertretern anderer Organisationen der Arbeiter aus der Türkei mit.

Keime eines ausländerfeindlichen Klimas, das den richtigen Nährboden für die organisierte Ausländerfeindlichkeit bereitet, werden seitens offizieller Politik gelegt. Die ominöse Behauptung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl (CSU), daß am hohen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit die türkischen Arbeiter schuld sind, da sie ihre Familienangehörigen in die Bundesrepublik geholt haben, oder solche Diffamierungen zahlreicher Politiker gegen die dem Terror des Militärregimes in der Türkei entkommenen politischen Flüchtlingen wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Scheinasylanten“ verstärken die Vorurteile gegenüber den Ausländern. Der Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes lehnte das Asylersuchen eines Kurden durch ein skandalöses Urteil mit der Begründung ab, daß seine Folterung durch Polizisten zur Aufklärung einer Straftat erfolgte und deshalb keinen Grund für die Aner-

kennung des Asylbewerbers als politischer Flüchtling nach Art. 16 GG vorliegt (11. 2. 1982 – X OE 1177/181). Dieses Urteil sollte nicht nur als ein Unrecht gegenüber den Asylbewerbern, sondern als gefährliche Rechtsauffassung bewertet werden, die Folter als ein Mittel der Strafvermittlung einstuft.



Der Eckpfeiler der Ausländerfeindlichkeit ist die Legende darüber, daß die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Fakt ist aber: Nicht die ausländischen Kollegen sind verantwortlich für die Arbeitslosigkeit, sondern Deutsche und Ausländer werden im gleichen Maße davon betroffen.

Die gesellschaftliche Realität widerlegt diese Diffamierungs- und Spaltungstaktiken. So z. B. ging nach Angaben die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer 1981 um 141900 zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg aber weiter an. Fakt ist es auch, daß die Einwohnerzahl eines Landes in der Frage der Arbeitslosigkeit keine Rolle spielt, sonst hätte das kleine Land Luxemburg keine Arbeitslosigkeit, sondern Vollbeschäftigung.

Wer ist aber schuld an der Massen-

arbeitslosigkeit, wenn es nicht die ausländischen Arbeiter sind. Es sind die Unternehmer selbst, die Produktionsanlagen oder ganze Betriebe aus Profitgründen schließen, weil sie für sie keine großen Gewinne mehr bringen, oder die Produktion verlagern oder auch die Arbeitsplätze durch Wegrationalisierung vernichten und dadurch Hunderttausende von deutschen und ausländischen Kollegen auf die Straße setzen.

Gewiß gibt es Ausländer, die Arbeitslosigkeit verursachen. Das sind aber nicht die ausländischen Kollegen. Sie heißen Reagan, Weinberger usw., die Röhren- und Stahlbargo gegen die europäischen Länder verhängen und dadurch die Arbeitsplätze Hunderttausender Arbeiter an den Stahlkochen in Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen und anderswo gefährden. Nur in diesem Zusammenhang können wir sagen, daß „Ausländer“ den deutschen und ausländischen Kollegen die Arbeitsplätze wegnehmen. Sie heißen auch Cruise-Missiles, Pershing II und AWACS, die eine Bedrohung für die Menschheit darstellen und Riesenlöcher im Haushalt verursachen. Unter anderem ihretwegen ist kein Geld für ein dringend notwendiges Beschäftigungsprogramm, wie es vom DGB gefordert wird, für Investitionen im Dienstleistungssektor und für Umweltschutzmaßnahmen vorhanden. Deshalb können die Arbeitsplätze nicht erhalten und keine neue beschaffen werden. Wenn Ausländer raus sollen, dann diese, die deutschen und ausländischen Arbeitern die Zukunftschancen verbauen.

Gemeinsam gegen Rotstift, Aufrüstung und Ausländerfeindlichkeit – für Arbeitsplätze. ●

Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher

Wieder im Dienste des Landes NRW:

Ein ergebener Diener der türkischen Reaktion

All Rıza Özgüç ist wieder beim Landesinstitut für Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung des Landes Nordrhein-Westfalen tätig. Er soll im Rahmen der landesweiten Fortbildungsmaßnahmen die Fortbildung der ausländischen Lehrer übernehmen.

Er machte sich schon 1969 einen Namen, als er als „Studentenaufseher“ veranlaßte, daß neun fortschrittlichen Studenten in West-Berlin die Studiengenehmigung entzogen wurde. Sie hatten öffentlich gegen die Verhaftung eines Schriftstellers in der Türkei protestiert.

In dieser Zeit diente er als leitender Beamter den erzkonservativen Demirel-Regierungen, ab 1971 den Militärregierungen, ab 1975 den faschistisch orientierten Koalitionsregierungen „der nationalistischen Front“ (Demirel/Türkeş). Während dieser Zeit hat er politisch stets im Sinne dieser Regierungen gehandelt. Ansonsten wäre er längst ausgetauscht worden.

Druck auf oppositionelle Studenten

Herr Özgüç übte, getreu seinem Auftrag, den Studenten, die gegenüber den oben erwähnten Regierungen in Opposition standen, stets Druck aus.

In der Funktion als Erziehungsrat empfahl er für den Unterricht faschistisch, nationalistisch beeinflusste Bücher und Jugendzeitschriften. Er duldete und begünstigte die Ausarbeitung insbesondere der zum großen Teil reaktionär faschistisch orientierter Koran-Kurse, sowie die Einflußnahme der „Grauen Wölfe“ in diesen Kursen.

Kurz, all diese „Verdienste“ um das Vaterland machten ihn zu einem exponenten Vertreter der reaktionär-faschistischen politischen Szene der Türkei in der Bundesrepublik, und zwar als einen Vertreter in Couleur eines Staatsdieners. So wurde er zwangsläufig für alle anderen politischen Kräfte – außer der Demirel-Türkeş-Ecke – untragbar. In einer Fragebogen-Aktion versuchte er, wichtige persönliche Daten sowie gewerkschaftliche und politische Orientierungen der türkischen Lehrer festzustellen und zu erfassen. Dies unter dem Vorwand, die türkischen Lehrer in der BRD in den Staatsdienst der Türkei zu übernehmen. Der eigentliche Hintergrund dieser Aktionen war jedoch der, daß dadurch die Lehrer, die politisch nicht unbedingt im Sinne der faschistischen Demirel/Türkeş-Regierung waren, durch die in der Türkei gezielt ausgesuchten „Lehrer“ auszutauschen. Überhaupt bemühte sich Herr Özgüç sehr, diese in der Türkei von Türkeş-Leuten speziell auserwählten „Lehrer“ in der Bundesrepublik unterzubringen.



„Ein wahrer Nationalist...“, so stellte das rechtsextremistische Wochenblatt Anadolu Özgüç vor

Özgüç war in den Jahren 1968 bis 1978 in der Bonner Botschaft der Türkei zuerst als Kulturattaché bzw. „Studentenaufseher“ – im wahrsten Sinne des Wortes –, dann als Erziehungsrat tätig.

Özgüç im „Hür-Türk“-Vorstand

Die notwendige Konsequenz dieser Realität war, daß er 1978 von der Ecevit-Regierung seines Postens enthoben wurde und nach Ankara zurückbeordert wurde. Doch dieser Anweisung leistete er nicht Folge. Entsprechend seiner politischen Aufgabe sollte er weiter in der Bundesrepublik wirken. Zwischenzeitlich hatte er ja auch einen Verein gegründet. Ein Sammelbecken, eine interessante Koalition, wo er unter anderem mit Leuten vom islamischen Kulturzentrum, von der nationalistisch-faschistischen Wochenzeitung „Anadolu“ sowie mit den CDU-Politikern zusammenarbeitete.

Er mußte also im Lande bleiben. Da reichte ihm gerade ein sozialdemokratischer Kultusminister, Herr Girgensohn, die Hand und stellte ihn in den Dienst des Landesinstituts für Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung als „Fachmann“ ein.

Erst nach massiven Protesten der FIDEF, der HDF (Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa), der Forschungsgruppe ALFA, des Verbandes der türkischen Lehrer (TÖB-NRW) sowie der GEW wurde er entlassen. Allerdings mit einer derartigen Begründung, die vor dem Arbeitsgericht nicht standhielt.

Nun ist Herr Özgüç erneut Landesbediensteter. Ausgerechnet er soll die Aufgabe übernehmen, die ausländischen Lehrer fortzubilden, wie es zuletzt aus informierten Kreisen verlautete.

Offen bleibt, ob und wie der sozialdemokratische Kultusminister eine solche Situation, die für demokratische Lehrer aus der Türkei existenzbedrohende Folgen haben dürfte, zu verantworten gedenkt. ●



Wandmalaktion
mit
ausländischen
Jugendlichen

„Aus Fremden Nachbarn machen“

Wie kam die Wandmalgruppe Düsseldorf zustande? Wie lange arbeitet ihr schon zusammen? Was habt ihr bis jetzt gemacht?

Wir sind schon seit fünf Jahren zusammen, aber nicht alle, es kommen immer wieder Neue dazu. Das sind Leute, die zum größten Teil an der Kunstakademie studiert haben, politisch engagiert waren und Interesse haben, durch Malerei konkret zu der gesellschaftlichen Realität etwas auszudrücken. Wir haben zuerst angefangen an Häusern, in denen wir selber gewohnt haben, die zum Abbruch bestimmt waren. Jetzt machen wir schwerpunktmäßig Wandmalereien mit Bürgerinitiativen, mit einzelnen Gruppen, wie ausländischen Kindern. Dieses Jahr waren es ausländische Jugendliche. Wir haben eine Zeitlang im Düsseldorfer Gefängnis gearbeitet, oder mit der Bürgerinitiative gegen die Stadtteilerstörung. Das sind die

23 ausländische und deutsche Jugendliche malten ein 20 Meter hohes Wandbild zusammen mit vier Künstlern der Wandmalgruppe Düsseldorf und einem Lehrer im Stadtteil Oberbilk, wo viele Ausländer wohnen. Finanziert wurde das Projekt von der Arbeiterwohlfahrt und dem Bundesministerium für Bildung und

Wissenschaft. Beteiligt waren vor allem ausländische Jugendliche, die ein Berufsvorbereitungsjahr bei der AWO (MBSE) ableisten und vor kurzem in die BRD gekommen sind. Wir führten ein Gespräch mit zwei Mitgliedern der Wandmalgruppe Düsseldorf, Klaus Klinger und Sabahattin Sen, über ihre Arbeit.

Schwerpunkte.

– **Ihr habt einen türkischen Kollegen in der Gruppe?**

Wir haben auch eine türkische Kollegin, die schon etwas länger bei uns mitarbeitet. Sabahattin haben wir über ein Projekt in Köln, das wir mit ausländischen Kindern gemacht haben, kennengelernt. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Durch diese Zusammenarbeit kamen wir auf die Idee, dieses Jahr mit Jugendlichen etwas zu machen. Zwar war mit den Kindern das Malen sehr schön, und für das, was geplant worden ist, ist ein ganz schönes Ergebnis rausgekommen. Aber wir hatten uns dann doch überlegt, das nächste Mal in einer Gruppe zu malen, wo man auch, sagen wir mal, konzeptioneller, inhaltlicher, vielleicht noch genauer was machen kann, zum Beispiel über Ausländerfeindlichkeit oder über das Leben mit den Deutschen zusammen.

– **Das war dann dieses Projekt in Bilk. Was wolltet ihr in diesem Projekt konkret erreichen?**

Ein Ziel war ja einmal, die Zusammenarbeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen zustande zu bringen. Das ist nicht so befriedigend abgelaufen, wie wir es uns vorgestellt haben, wegen der Zeitfrage, und auch weil es nicht möglich war, eine feste deutsche Jugendgruppe zu kriegen. Das andere Ziel war ja, die Jugendlichen, die dort in MBSE sind, die hatten in ihrer Schule auch dieses Fach „Malen und Gestalten“. Das waren Jugendliche, die ansonsten kaum mit so einem Medium wie Wandmalerei in Kontakt kommen und von der offiziellen Kultur im Grunde ausgeschlossen sind. Mit ihnen zusammen mal so eine Sache zu machen, finde ich schon wichtig, so als Erlebnis. Dann war natürlich der Schwerpunkt, gegen Ausländerfeindlichkeit was zu machen – es wird ja immer schlimmer. Auch weil wir eben ausländische Künstler in der Gruppe haben, und für uns ist es natürlich auch wichtig, nicht nur das, was wir uns denken, an die Wand zu malen, sondern auch zu erfahren, womit sich die Jugendlichen beschäftigen, wie sie ihre künftige Situation sehen, sie kennenzulernen.

– **Was habt ihr in dem Stadtteil durch dieses Wandbild erreicht?**

30 Zu dem Bild sind da eine Reihe von

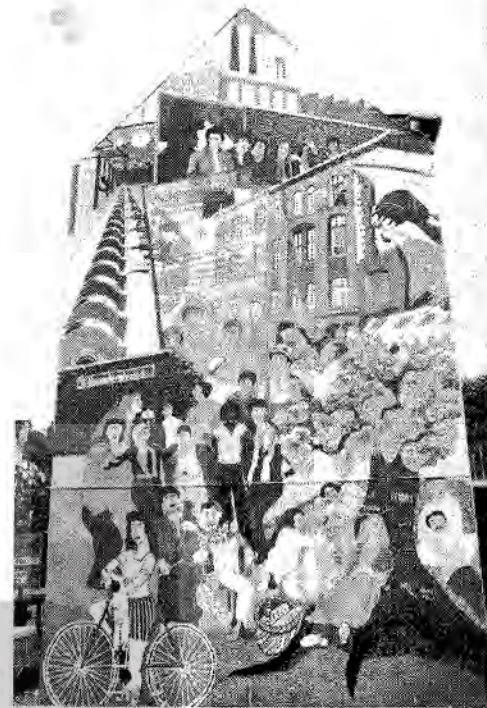
Reaktionen gekommen. Es waren Schulklassen da, es waren Leute da, die auch in einem Jugendzentrum so ein Wandmalprojekt entwickeln wollten. Es kam ein Nachbar vorbei, der so aus dem Fenster eine Zeitlang sich das alles angeguckt hat, und spendierte Getränke für die Jugendlichen. Je mehr zu sehen war von dem Bild, desto besser waren die Reaktionen. Aber man muß noch ein bißchen abwarten. Wir wollen jetzt mit der Arbeiterwohlfahrt zusammen ein Plakat von diesem Wandbild machen. Das soll dann in einer Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit, die sich „Aus Fremden Nachbarn machen“ nennt, eingesetzt werden.

– **Wenn man sich die Komposition des Wandbildes anguckt, könnte man den Stempel der Aufenthaltserlaubnis als eine Tür interpretieren, durch die die Menschen in den schönen Volksgarten eintreten können. Ihr habt es aber bestimmt anders gemeint.**

Es ist ja so, daß die Aufenthaltserlaubnis für viele Ausländer eigentlich eine ständige Drohung ist. Sie wissen nicht, wie lange sie noch die Aufenthaltserlaubnis haben, ob sie sie verlängert kriegen. Es ist eine ganz existentielle Bedrohung. Wir haben das auch so erlebt. Als wir die Jugendlichen gefragt haben, wie sie sich das vorstellen, ob sie noch lange hier bleiben, konnte eigentlich keiner so konkret sagen, und sie waren eher unsicher, gerade in diesem Punkt. Und in dem Sinne hatten wir auch diese Aufenthaltserlaubnis eigentlich im oberen Teil, der auch diesen Problembereich darstellt, als ein wichtiges Element mitgeteilt. Ich meine, diese Auflösung nach unten, wo so was Idealistisches oder Positives gezeigt wird, etwas zusammen machen, zusammen ein Fest feiern... Ich glaube schon, daß man es so interpretieren kann, daß dieses Positive auch nur dann möglich ist, wenn das, was dahintersteht, verblaßt, wenn die Aufenthaltserlaubnis irgendwie verschwindet... Man kann es auch als Tür interpretieren, wenn man die Tür selbst problematisiert.

– **Wie oft könnt ihr solche Projekte ausführen?**

Allgemeines Problem ist ja, daß wir als Gruppe nicht nur eine Wand verschönern wollen, damit sie netter aussieht. Eine Malerei auf einer



großen Wand kostet einiges, mal an Lohn, aber auch an Material, da ist es schwierig, einen Träger zu finden, und deshalb passiert es nur selten. Wir schaffen es einmal im Jahr, daß so ein Projekt gemacht werden kann.

Die Stadt Düsseldorf unterstützt kaum etwas. Uns ist auch direkt gesagt worden, auf städtische Wände darf nichts Politisches draufgemalt werden. Schwierig ist, eine Wand zu finden, wo der Besitzer Mut hat,...

– **sie euch zu überlassen.**

... ja, Mut hat, so eine Wand für ein engagiertes Thema zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt war sehr positiv. Es kam bei bestimmten Details doch eben zu heftigen Auseinandersetzungen, das heißt, so eine Reihe von Polizisten...

– **Ich habe darüber in den Zeitungen gelesen.**

Ja, auf dem Wandbild ist da dieses Abbruchhaus – die Ausländer wohnen ja sehr viel in diesen alten Häusern, die immer von Abbruch bedroht sind –, wir hatten also unter dem Abbruchbagger eine Reihe Polizisten hingestellt, die diesen Abbruch schützen. Das war auch analog zu so einem Fall in Düsseldorf, wo die Polizisten etwas heftiger reagiert haben. Es war eben der Punkt, wo die Arbeiterwohlfahrt sagte, sie könnte sich das nicht leisten, und ging davon auch nicht ab. Die Stelle, wo die Polizisten waren, ist weiß geblieben.

„Der Weg“ in Kinos

„Ein bedeutendes kulturpolitisches Ereignis sowohl für die deutschen Bürger wie auch für die Mitbürger aus der Türkei“, wird für die nächsten Wochen angekündigt: Am 3. Dezember startet der Film „Yol“ (Der Weg) von Yilmaz Güney (Goldene Palme 1982 in Cannes) gleich in zwei Versionen in sechs Städten. In verschiedenen Kinos in München, Frankfurt, Köln, Hannover, Düsseldorf und West-Berlin werden eine türkische Originalfassung mit deutschen Untertiteln und eine deutsch synchronisierte Fassung gezeigt. Für Anfang Januar ist der Start in weiteren Großstädten geplant.



„Del-Luca“-Preis für Yasar Kemal

Der diesjährige „Del Luca“-Literaturpreis wurde Yasar Kemal, „einem der größten epischen Dichter unserer Zeit“ (Le Figaro) verliehen. Yasar Kemal, dessen erster Roman „Memed meine Falke“ in 28 Sprachen 113 Auflagen erreichte und z.Zt. von Peter Ustinov aus Zensurgründen nicht in der Türkei, sondern in Jugoslawien verfilmt wird, bekam den begehrten Literaturpreis in Anwesenheit von Präsident Mitterrand, weiteren Kabinettsmitgliedern, Ministern und Angehörigen der Academie Francaise. Offizielle Vertreter der Junta-Regierung blieben der Preisverleihung demonstrativ fern.

Lotus für Behramoğlu

Ataol Behramoğlu wurde 1942 in Çatalca geboren. Er studierte an der Universität Ankara und im Ausland Sprachen. Behramoğlu, der u.a. Werke von Puschkin, Tschechow, Gorki und Lermontov in Türkische übertrug, war auch als Herausgeber von Literaturzeitschriften hervorgetreten.

Behramoğlu, der den diesjährigen „Lotus“-Preis des Afroasiatischen Schriftstellerverbandes erhielt, gilt als ein Vertreter des sozialistischen Realismus und hat sieben Gedichtsbände herausgegeben. Im Februar 1982 wurde er zusammen mit anderen aktiven Friedenskämpfern wegen seines Engagements in der Friedensbewegung der Türkei inhaftiert.



Ausstellungen



Zeynep Yüksel: Radierung

ZEYNEP YÜKSEL: Die Künstlerin stellte ihre Zeichnungen und Radierungen in der Galerie Art and Music in München aus. Sie nahm auch an der Gemeinschaftsausstellung in Köln neben der Bildhauerin Azade Köker, dem Bildhauer Mehmet Aksoy und den Malern Hanefi Yeter und Mehmet Güler teil.

AYDIN KARAHASAN, Maler und Vorsitzender des Türkischen Künstlerverbandes NRW (San-Der), stellt seine Bilder unter dem Motto »Kommunikation durch die Kunst« bei der VHS der Stadt Herne vom 28. November bis 19. Dezember aus.

MEHMET GÜLER teilt uns mit, daß seine neuesten Werke ab 27. November in Kassel zu sehen sind.

ISMAIL COBAN stellte zuletzt in Zürich und Korschenbroich aus.

Seine Bilder sind weiterhin vom 25. November bis 22. Dezember bei Daimler Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim (Einleitung: Dr. Yüksel Pazarkaya) zu sehen. Coban gibt außerdem im Rahmen einer Gemeinschaftsausstellung Wuppertaler Realisten in der VHS Wuppertal-Elberfeld seinen Grafikband »Hommage à Pablo Neruda« heraus.

Gib dich nicht auf

Es ist schlimm, weit weg zu sein
Von den Freunden, von der geliebten Frau.
Ausgeschlossen zu sein von allen Erlebnissen,
Die dich vervollkommen, reinigen,
Zwischen den vier Wänden, wo du festgehalten wirst
Als ein gesunder, junger Mann.

Was nicht alles einem in den Sinn kommt
Über fröhliche Tage in der Freiheit!
Die Stadt des ersten Kusses
Ist Hunderte von Jahren entfernt.
Eine bittere, schmerzvolle Traurigkeit
steigt hoch aus deiner Brust.

Du siehst ja diese schäbigen Männer,
Sie greifen dich an mit ihren veralteten Waffen.
Manche sind Gefangene ihrer eigenen Welt,
Andere sind einfach Feinde des Volkes.
Leiste Widerstand, wenn das so ist, leiste Widerstand, gib dich nicht auf
Und führe fort deinen Kampf hartnäckiger denn je.

Denk an Babaeuf, an Nazim Hikmet
Leuchtend wie Hoffnungsfeuer in den Kerkern.

Denk an das Herz von Danko
Aufflammend in der Sehnsucht, die Dunkelheit zu zerreißen.
Denk an die Brüder, die gegen Faschismus, Unterdrückung, Gewalt
kämpfen, in Leid und Schmerz gehüllt.

Bestimmt haben sie etwas zu sagen, eine Nachricht,
Die kurdischen Frauen, die dem Verfolgten Tee anbieten.
Die Berge sind stumm und steil.
Aber es kommt der Tag, da haben auch sie etwas zu sagen,
Und wenn die Berge und die einsamen Felder beginnen zu sprechen,
Kommen sie nicht noch einmal zum Schweigen, das Wort gehört dann ihnen.

Es ist schlimm, weit weg zu sein
Von den Freunden, von der geliebten Frau.
Ausgeschlossen zu sein von allen Erlebnissen,
Die dich vervollkommen, reinigen.
Aber was einem Revolutionär recht gibt,
Sind auch ein wenig die Leiden, vergiß das nicht.

Gib dich nicht auf, wenn die Tage vergehen
Und deine Jugend verwunden.
Denk daran, wir sind die Boten
Der würdigen, schönen Zukunft,
Und wie eine Perle im Herzen des Volkes
Wächst und entfaltet sich der Sieg.



Atıf BEHRAMOĞLU (1942), Dichter,
Vorsitzender der Schriftstellergewerkschaft
der Türkei, Mitangeklagter im Prozeß gegen
das Friedenskomitee der Türkei, Träger des
diesjährigen Lotus-Preises, verliehen von
dem Verband der Schriftsteller aus Afrika
und Asien.